



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abschreib. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratengeld für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 198. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 30. April 1875.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

56. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 29. April.)

11 Uhr. Am Ministerial-Grafen Eulenburg, Dr. Leonhardt, und die Geheimen Räte Perjus und Woblers.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes-Entwurfs, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren. Berichterstatter ist Graf Winklergode.

Das Gesetz zerfällt in elf Titel. Der erste Titel: „Von den Verwaltungsgerichten“ umfasst die §§ 1–7. Danach soll die Gerichtsbarkeit in streitigen Verwaltungssachen durch Verwaltungsgerichte und zwar für den Kreis durch ein am Amtssitze des Landraths bestehendes Kreisverwaltungsgericht, für jede Provinz durch ein oder mehrere Provinzialverwaltungsgerichte mit örtlich abgegrenzter Competenz, für die ganze Monarchie durch ein Oberverwaltungsgericht mit dem Sitz in Berlin geübt werden. Die Provinzialverwaltungsgerichte entscheiden auf die Berufung gegen die in streitigen Verwaltungssachen ergangenen Entscheidungen der Kreisverwaltungsgerichte, soweit nicht nach besonderen Gesetzen diese Urtheile im Verwaltungsstreitverfahren endgültig sind, oder die Entscheidung auf die Berufung gegen dieselben anderen Behörden übertragen ist. Das Oberverwaltungsgericht entscheidet in streitigen Verwaltungssachen auf die Berufung gegen die von den Provinzialverwaltungsgerichten in erster Instanz, sowie auf das Rechtsmittel der Revision gegen die von den Provinzialverwaltungsgerichten in zweiter Instanz erlassenen Entscheidungen.

Der Titel II. „Von den Kreisverwaltungsgerichten“ bestimmt in seinem einzigen § 8, daß der Kreisverwaltungsgericht ist, welcher nach den Bestimmungen der Kreisordnung zu verfahren hat. In Stadt- und Kreisorten, soweit nicht schon in erster Instanz die Provinzialverwaltungsgerichte zu erkennen haben, an die Stelle der Kreisverwaltungsgerichte die dazu nach Vorschrift der Gesetze berufenen städtischen Behörden. — Diese ersten 8 Paragraphen werden ohne Debatte angenommen.

Titel III. (§§ 9–17) handelt von den Provinzialverwaltungsgerichten. § 9 lautet:

Jedes Provinzialverwaltungsgericht besteht aus fünf Mitgliedern. Zwei dieser Mitglieder, von denen eins ein Richteramt, eins zur Bekleidung von höheren Verwaltungsaemtern befähigt sein muß, werden vom Könige auf Lebenszeit ernannt. Aus der Zahl dieser Mitglieder ernannt der König gleichzeitig den Director des Provinzialverwaltungsgerichts. Für jedes derselben ernannt der König ferner aus der Zahl der am Orte des Provinzialverwaltungsgerichts ein richterliches, beziehungsweise ein höheres Verwaltungsamt bekleidenden Beamten einen Stellvertreter; die Ernennung der Stellvertreter erfolgt auf die Dauer ihres Hauptamtes am Orte des Provinzialverwaltungsgerichts.

Die drei anderen Mitglieder des Provinzialverwaltungsgerichts werden auf drei Jahre aus dem Einwohnern seines Sprengels durch die Provinzialvertretung gewählt. In gleicher Weise wählt letztere für jedes Mitglied einen oder mehrere Stellvertreter. Die Dauer der Wahlperiode kann durch das Provinzialstatut anders bestimmt werden.

Zu diesem § 9 beantragen 1) v. Kardorff dem § 9 folgende Fassung zu geben: Das Provinzialverwaltungsgericht wird durch den vom Könige ernannten Vorsitzenden, die Mitglieder des Bezirksauschusses und ein zum Richteramt befähigtes Mitglied gebildet. Das richterliche Mitglied, sowie der Stellvertreter desselben wird vom Könige ernannt. Die Ernennung des richterlichen Mitglieds erfolgt in der Regel auf Lebenszeit, jedoch kann bei geringerem Geschäftsumfange des Provinzialverwaltungsgerichts die Ernennung desselben auch auf die Dauer des Hauptamtes erfolgen, welches das betreffende Mitglied am Orte des Verwaltungsgerichts bekleidet. Die Ernennung des Stellvertreters erfolgt auf die Dauer des von ihm bekleideten Hauptamtes. 2) v. Sauten (Tarpitschen) und Windhorst (Vielefeld) dem § 9 folgende Fassung zu geben: „In gleicher Weise wählt letztere 3–6 Stellvertreter, über deren Einberufung das Gesetzregulativ bestimmt.“ — 3) v. Sauten dem Paragraphen am Schluß hinzuzufügen: „Wählbar ist mit Ausnahme der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Vicepräsidenten, der Vorsteher königlicher Polizeibehörden und der Landräthe, jeder zum Provinziallandtage wählbare Angehörige des deutschen Reichs.“

Abg. v. Sauten-Tarpitschen erklärt sich gegen das Amendement v. Kardorff, weil es den einzelnen Kräften der Selbstverwaltung zu viel Arbeit zumutet. Man darf nicht dieselben Mitglieder in den Bezirksauschuss und in das Verwaltungsgericht schicken; denn die Bezirksauschussmitglieder sind auch Mitglieder des Provinziallandtages, es würde also eine zu große Ueberbürdung für diese Leute daraus folgen. Außerdem ist es bedenklich, dieselben Männer für beide Thätigkeiten in Aussicht zu nehmen; denn die Qualifikation für die richterliche Thätigkeit ist eine andere als die für die Verwaltungsthätigkeit. Das erste von dem Redner gestellte Amendement bezweckt an Stelle der in den Commissionsbeschlüssen in Aussicht genommenen individuellen Stellvertreter der Stellvertreter zu setzen, die nach einer vorher bestimmten Ordnung einberufen werden, sobald also nicht für jedes Mitglied ein bestimmter Stellvertreter in Aussicht genommen ist. Der andere Antrag ist lediglich eine Consequenz des Beschlusses zum § 48 der Provinzialordnung; hat man die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten u. s. w. vom Provinziallandtage ausgeschlossen, so muß man sie auch vom Verwaltungsgerichte ausschließen.

Gef. Rath Wobler empfiehlt die Ablehnung des Kardorff'schen Antrages, der eine Ueberbürdung der Organe der Selbstverwaltung herbeiführen würde, sowie des Antrages von Sauten, der generelle Stellvertreter einführen will.

Abg. v. Kardorff: Ich halte es für meine Pflicht, das von mir und meinen politischen Freunden gestellte Amendement, obwohl es in der Commission in einer kleinen Minorität geblieben ist, noch einmal in das Haus zu bringen, weil ich glaube, daß das Land eine andere Ansicht über die Frage hat, als die Mehrheit dieser Versammlung und weil ich wünsche, sowohl für den Fall, daß die Provinzialordnung zu Stande kommt, für die Zukunft unsere Stellung klar zu stellen, als auch für den Fall ihres Nichtzustandekommens für eine künftige Legislatur bessere Chancen für unsere Meinung herbeizuführen. Herr v. Sauten meint, wenn wir nur eine Behörde machen aus dem Bezirksauschuss und dem Kreisverwaltungsgericht (dem Provinzialverwaltungsgericht nach der Terminologie der Commissionsvorlage), so würden die dazu herangezogenen Personen mit Arbeit so stark überlastet werden, daß sich schließlich Niemand mehr dazu finden würde. Ich behaupte dagegen: an und für sich ist es schon unglaublich schwierig zu unterscheiden, welche Sachen streitig sind und welche nicht: heute kann die Sache nicht streitig sein und morgen wird sie durch irgend einen Incidensfall streitig. Sehen Sie beide Behörden aus verschiedenen Personen zusammen, so schaffen Sie zwei Registraturen, zwei Actenrepositorien, eine große Correspondenz zwischen diesen Behörden und eine endlose Verschleppung der Dinge. Diese Uebelstände müssen Sie auch in Betracht ziehen; denn bei dieser großen Vermehrung der Arbeit, die hierdurch schon an und für sich herbeigeführt wird, werden Sie schwerlich sagen können, daß durch diese Einrichtungen das Laien-element entlastet wird. In jedem Bezirke existirt nur eine beschränkte Anzahl von Leuten, die nach ihren Vermögens-Verhältnissen und ihrer Capacität fähig sind, im Interesse des Landes solche Geschäfte wahrzunehmen, solche Leute werden die Geschäfte viel lieber wahrnehmen, wenn sie ganz darin sind, wenn sie Mitglieder des Verwaltungsgerichtes und des Bezirksauschusses zugleich sind.

Die Hauptbelastung liegt ja größtentheils in den Reisen, zu denen die Mitglieder gezwungen sind. Wenn ich aber einmal nach Breslau oder Oppeln oder überhaupt an den Ort des Verwaltungsgerichtes zu reisen gezwungen bin, so liegt mir nicht viel daran, ob ich noch einen oder zwei Tage dort bleibe, um auch gleichzeitig die Geschäfte des Bezirksauschusses wahrzunehmen. Nun sollen aber für die beiden Thätigkeiten ganz verschiedene Qualifikationen notwendig sein. Das lauge ich durchaus; wer unfähig ist, im Verwaltungsgericht zu sitzen, der wird auch eben so unfähig sein, im Bezirksauschuss seine Pflicht zu erfüllen, und umgekehrt; meiner Ansicht nach fallen beide Qualifikationen ganz zusammen. Es ist nun gesagt, der Bezirksauschuss werde ja den Landarmenverband vertreten müssen, also dann in

manchen Sachen in re propria judizieren. Das gebe ich vollständig zu; da würde eine Competenzänderung eintreten, da würde ein benachbartes Verwaltungsgericht entscheiden müssen. Ich gebe vollständig zu, daß für den Fall der Annahme unseres Amendements das Gesetz an die Commission zurückzuweisen sein würde, weil dann eine Umarbeitung vieler späterer Paragraphen eintreten müßte. Sie schaffen wirklich in dem gesammten Rechtsbewußtsein der Nation eine unheilvolle Verwirrung, wenn Sie eine so große Anzahl von verschiedenen Behörden schaffen. Vergessen Sie nicht, daß die alten Bezirksregierungen in ihrem ganzen Umfange bestehen bleiben, daneben schaffen Sie die Bezirksauschüsse und noch die Verwaltungsgerichte; wie soll nun ein einfacher Mann das verstehen, wenn er heute an das Verwaltungsgericht, morgen an die Regierung, übermorgen an die Bezirksauschüsse verwiesen wird. Ein Theil der Gegner ging aber bei der Ablehnung meines Antrages in der Commission immer von der Vorstellung aus, daß man in der Kreisordnung einen gefährlichen Schritt damit gemacht hätte, in dem Kreisverwaltungsgericht die judizierende und verwaltende Thätigkeit zusammenzulegen. Der alte Grundsatz der Scheidung von Justiz und Verwaltung ist so tief in vieler Herzen, daß sie sich dessen immer noch nicht entschlagen können. Wenn Sie diese Trennung in der Mittelinstanz fertig bringen, so wird es nicht abgehen ohne ein Urtat auf die Kreisordnung selbst; Sie werden in dem Kreisverwaltungsgericht dieselbe Scheidung versuchen wollen, die Sie in den Verwaltungsgerichten vornehmen und das würde ich nach der Erfahrung, die ich mit dem Kreisverwaltungsgericht bisher zu machen Gelegenheit gehabt habe, für einen großen Rückschritt erachten.

In dieser Zusammenlegung der Justiz und Verwaltung liegt ein Rechtschub, wie er stärker nicht gewährt werden kann, und ich glaube alles das, was der Abg. Miquel in seiner neulichen Rede in seiner Fraction, die ja durch die Zeitungen veröffentlicht ist, auseinandergelegt hat über den Segen der Verwaltungsgerichte, müßte ihn gerade bestimmen, für meine Meinung einzutreten. Denn ich glaube, er wird die Consequenz nicht ablehnen können, daß wir dann wieder auf die Kreisordnung recurriren und auch dort die Scheidung vornehmen müssen. Nun sagt man endlich, es könnten ja in den Provinzen, wo sich ein Bedürfnis herausstellte, dieselben Personen in den Verwaltungsgerichtshöfen und in den Bezirksauschüssen gewählt werden. Ich meine aber, wenn man so große Organisationen macht, so soll man derartige Gestaltungen nicht dem Belieben der einzelnen Provinzen überlassen, sondern sie durch die ganze Monarchie gleichmäßig regeln. Ich lebe der festen Ueberzeugung, daß, wenn mein Antrag heute auch nicht die Majorität findet, die Wahrheit desselben doch durchdringen wird, wenn auch erst in künftigen Jahren, wenn wir an weitere Legislationen kommen. Wenn wir über Behördenorganisationen ein Wort zu reden haben, wird sich gewiß Gelegenheit finden, die Sache noch einmal zur Sprache zu bringen. Dann werden die Meinungen umgewandelt sein nach der Richtung, die ich heute vertreten habe.

Abg. Miquel: Für das Amendement Kardorff spricht sehr Vieles. Hätte vor 20, 30 Jahren die Verwaltung denselben Schritt gethan und denselben Weg eingeschlagen wie die Justiz, nämlich Öffentlichkeit und Mündlichkeit mit contradictorischer Geltendmachung der Rechte vor den Collegien einzuführen, so würde man sich schwerlich jemals zu dieser besonderen Verwaltungsjustiz vor besonderen Behörden gekommen sein. Durch die Unterlassung dieses Schrittes kam die Verwaltung einigermaßen in Mitleid, ihre Entscheidungen gerieten in den Ruf der Willkür und der nicht gebührenden Beachtung des Rechtes. Es ist ja richtig, daß die Scheidung zwischen Verwaltungsjustiz und Verwaltungsbefehlssachen auf einem klaren ethischen Princip nicht beruht und daß die Collegien, die wir geschaffen haben, früher in der Kreisordnung, jetzt in der Provinzialordnung und demnach auch in einem contradictorischen Verfahren vor den Collegien Sachen verhandeln werden, auch in solchen gewöhnlichen Verwaltungssachen, welche man so ziemlich mit dem gleichen Recht unter den Begriff der Verwaltungsjustiz bringen könnte.

Wir haben schon in der Provinzialordnung gefühlt, daß mit der Einführung der Verwaltungsjustiz es keineswegs getan ist, daß das Bedürfnis der Öffentlichkeit und des contradictorischen Verhandelns damit nicht erschöpft ist. Wir haben in der Provinzialordnung ausdrücklich bestimmt, daß bevor ein solches Gesetz erlassen wird, der Provinzialauschuss berechtigt ist, nach einem vom Herrn Minister des Innern aufzustellenden Regulativ eine Verhandlung der Parteien vor dem Provinzialauschuss zuzulassen. Ist dies nun richtig, berühren sich hier die Sachen so nahe, dann allerdings ist die Sache berechtigt: warum denn verschiedene Behörden, warum können denn die Provinzial- und Bezirksverwaltungsorgane nicht dieselben Sachen mit erledigen? Ich bekenne daher ganz offen, daß ich mich sehr zu dem Grundgedanken dieses Amendements neige. Ich habe dafür noch einen anderen Gesichtspunkt. Ich bin überzeugt, daß unsere ganze Entwicklung dahin gehen wird, die uns von Frankreich importirte künstliche Scheidung der Arbeit nach verschiedenen Behörden allmählig wieder zu beseitigen. Dieser überall in Deutschland bemerkbare Entwicklungsproceß würde auch für das Amendement v. Kardorff sprechen. Aber Alles dies zugegeben, halte ich doch die Annahme desselben zur Zeit für durchaus unrichtig. Ein Gesetzgeber, meine ich, kommt mit Principien allein nicht aus, sondern muß die praktischen Gesichtspunkte berücksichtigen. Nun bin ich der Ueberzeugung, daß die Verwaltungsgerichte schon heute einen so bedeutenden Grad von Thätigkeit auch für die Laien in Anspruch nehmen, daß es von vornherein verkehrt wäre, dieselben Männer auch noch mit den Bezirksauschussgeschäften zu belasten. Ich halte das factisch für unausführbar und bin überzeugt, daß wir dadurch die Thätigkeit dieser Männer sowohl in den Bezirksauschüssen als Theilen der Communal- und allgemeinen Staatsverwaltung, als auch in der Verwaltungsjustiz gefährden würden. Ich halte daher eine obligatorische Bestimmung, daß diese Personen notwendig identisch sein müssen, an sich für unrichtig, weil factisch nicht durchführbar.

Ich gebe aber noch weiter. Ich bin der Ansicht, daß dieses ganze Gesetz gewissermaßen nur ein erster Anlauf ist. Die Commission ist überall von der Ansicht ausgegangen, daß wir hier noch vor einem unbekannten Uebel stehen und daß irgend welche genügende Erfahrungen über den Gang der Verwaltungsjustiz noch nicht vorliegen. Ist dies richtig, so ist es von vornherein nicht zweckmäßig, betriebliehe bindende Beschlüsse, wie sie das Amendement enthält, jetzt anzunehmen. Andererseits ist aber von diesem Standpunkte aus der Antrag der Commission sehr zu empfehlen, nach welchem es dem Provinziallandtag zusteht, auch die Mitglieder der Bezirksauschüsse, wenn sie nach ihrer ganzen Persönlichkeit geeignet sind, zu wählen. Wir lassen jedem Provinziallandtag in dieser Beziehung die nöthige Freiheit und überlassen es der Erfahrung, wie sich die Sache gestalten wird. Stellt sich die Erfahrung auf Seiten des Herrn von Kardorff, so steht nichts entgegen, dieser erwiesenen Zweckmäßigkeit zu folgen. Wenn einmal in unserer Verwaltung der Grundsatz, daß man zuerst bei jeder Verwaltungsentscheidung sich klar bewußt werden soll, wie weit das Recht geht, und dann erst die Zweckmäßigkeit entscheiden soll, vollständig durchgedrungen ist, wenn erst dieser Rechtsgeist in unsere Verwaltung vollständig hineingekommen ist, dann erst ist eine solche Combination, wie sie Herr v. Kardorff will, unbedenklich. Heute aber haben wir uns erst loszulösen aus den verkehrten Gewohnheiten der Verwaltung und dazu halte ich die Einführung selbständiger Verwaltungsjustizorgane für zweckmäßig. Ich würde also für das Amendement Kardorff nicht stimmen. — Was die Annahme v. Sauten betrifft, so ist die Frage wegen der Beschränkung der passiven Wahlfähigkeit schon bei der Provinzialordnung hinlänglich behandelt. Ich lege auf diese Annahme wieder für noch gegen mich, wenn ich auch eine solche passive Wahlbeschränkung vorläufig principiell nicht für richtig halte. Was nun die andere viel wichtigere Frage betrifft, ob wir nach dem Amendement v. Sauten vorschreiben sollen, daß die Provinzialverwaltungsgerichte nur beschlußfähig sind bei Anwesenheit von drei Laienmitgliedern, so ist es ja durchaus zutreffend, daß die Anwesenheit von drei Laienmitgliedern bei allen wichtigen Beschlüssen im höchsten Grade wünschenswerth ist; aber auch hier sind die praktischen Bedenken für mich überwiegend.

Wenn immer drei Laienmitglieder anwesend sein müssen, wird man sehr viel auf Stellvertreter zurückgreifen müssen. Ich meinerseits bin sehr bedenklich auf solche Stellvertreter zu recurriren, die nicht regelmäßig an den Geschäften des Gerichtes theilnehmen. Solche Personen sind abhängig von den

ständigen Richtern, sie sind wirklich nur Figurant. Es kommt nun aber hinzu, daß bis jetzt wenigstens ein solcher Eifer dagewesen ist unter den Laienmitgliedern, daß fast stets alle Hauptmitglieder anwesend waren; ein dringendes Bedürfnis hat sich bis jetzt also nicht gezeigt. — Ich mache überhaupt darauf aufmerksam, daß die Bedeutung der Mitgliedschaft von Laien in diesem Gericht nicht darin liegt, ob dieselben an jeder einzelnen Entscheidung theilnehmen; denn die ständigen Mitglieder sind keine absehbaren Verwaltungsbeamten, sie sind ebenso unabhängig, wie alle Richter unseres Landes. Ob dieselben also einmal eine einzelne Entscheidung unter Theilnahme von einem oder zwei Laienmitgliedern vornehmen, kann die Garantie der Rechtsprechung an sich nicht gefährden. Die Thatsache, daß regelmäßig die Laienmitglieder theilnehmen, daß die lebendigen Erfahrungen, die sie aus der Bewegung der socialen Verhältnisse entnehmen, zur Geltung kommen, die Controle, die sie ausüben gegenüber den ständigen Richtern; darin liegt nach meiner Meinung das Hauptgewicht. Aus allen diesen Gründen scheint es mir bedenklich, wenn Sie in diesem Augenblick eine solche Zwangsbestimmung in das Gesetz aufnehmen. (Beifall.)

Abg. Windhorst (Vielefeld): Je verwickelter die socialen Verhältnisse sich gestalten, desto nothwendiger erscheint eine strenge Trennung der Geschäfte der Justiz und Verwaltung. Die Ausführungen des Abg. Miquel führen dahin, beide zu vermischen und den Vorzug der jetzigen Gesetzgebung, ihre Trennung, aufzuheben. Der Antrag v. Kardorff wird vollständig durch die Argumentation des Herrn Regierungskommissars in der Commission widerlegt, daß die Angriffe gegen die Regierungen wesentlich auf dieser Mischung beruhen. Der erste Antrag von Sauten-Tarpitschen, die darin bezeichneten Personen von dem Provinzialgerichtshof auszuschließen, ist lediglich eine Consequenz unseres analogen Beschlusses bei der Beratung der Provinzialordnung: dieselben Elemente von der Provinzialvertretung auszuschließen, ist dem von Herrn Sauten und mir gestellten Antrage nur durch die Bestimmung des § 14 veranlaßt, daß zu Beschlußfähigkeit 3 Mitglieder genügen und bei Anwesenheit von 4 Mitgliedern das nach dem Lebensalter jüngste gewählte Mitglied ausscheidet. Da wir nicht hoffen, daß immer alle 5 Mitglieder erscheinen werden, so haben wir die Wahl von Stellvertretern, die jedesmal für fehlende ordentliche Mitglieder einzutreten haben, beantragt, damit dem Grundgedanken des Gesetzes entsprechend bei der Entscheidung zweifelhafter Fragen das Laien-element die Majorität hat. Die von verschiedenen Seiten gewünschte Bestimmung, daß wenigstens zwei Stellvertreter am Orte des Provinzialgerichtshofes ihren Wohnsitz haben müssen, schien überflüssig, weil angenommen werden muß, daß der Provinziallandtag in sinngemäßer Ausführung der Idee des Gesetzes nur solche Leute wählen wird, welche in der betreffenden Stadt oder ihrer nächsten Umgebung wohnen. Der Abg. Miquel ist gegen die Wahl von Stellvertretern, weil diese sich nicht die erforderliche Sicherheit des Urtheils aneignen könnten. Ein häufiger Wechsel zwischen den ordentlichen Mitgliedern und Stellvertretern ist gerade deshalb wünschenswerth, damit letztere sich diese Sicherheit des Urtheils aneignen können. Es ist gut, wenn ab und zu etwas frisches Leben in den Gerichtshof kommt. Stellen sich, wie der Abg. Miquel befürchtet, unglückliche Resultate in der Praxis heraus, so steht Nichts einer künftigen Verbesserung des Gesetzes entgegen.

Abg. On eist: Den Bezirksauschuss zum Verwaltungsgericht machen, wie der Abg. v. Kardorff will, verfehlt den Hauptzweck der ganzen Reform (Sehr richtig! links). Der Bezirksauschuss ist ein beweglicher Körper, zugänglich den Gegensätzen in der Provinzialverwaltung, den Gegensätzen zwischen Stadt und Land, zugänglich auch den politischen Parteibestrebungen. Diese beweglichen Interessen, die zu einem häufigen Wechsel der Personen führen, in das Verwaltungsgericht aufnehmen, heißt, den Zweck des ganzen Instituts verfehlen; denn dadurch würden executive Functionen und richterliche Thätigkeit wieder vollständig identificirt. Gegen die Forderung, daß immer 5 Mitglieder des Gerichtshofes oder Stellvertreter anwesend sein sollen, spricht das Interesse der Ständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes; es ist besser durch 4 oder 3 Mitglieder Recht sprechen zu lassen, als das unglückliche Element der Stellvertreter in ein Collegium aufzunehmen, welches ständige Grundfälle handhaben muß.

Ref. Graf Winklergode: Die Commission hat den Antrag, die Wahlbarkeit unmittelbarer Staatsbeamten überhaupt auszuschließen, verworfen und würde sich gegenüber dem im Hause eingebrachten Antrag v. Sauten, der nur die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräthe ausschließen will, wahrscheinlich ebenso verhalten haben; denn es liegt darin eine zu weit gehende Beschränkung in der freien Wahl der Mitglieder des Provinziallandtages. Der Antrag enthält außerdem eine außerordentliche Erweiterung der passiven Wahlbarkeit, indem vorgeschlagen wird, daß jeder zum Provinziallandtag wählbare Angehörige des deutschen Reiches soll gewählt werden können. Auf die Beschränkung der Wahlbarkeit der Mitglieder des Provinzialverwaltungsgerichtes aus dem betreffenden Sprengel ist deshalb Werth zu legen, weil nur solche Personen die nöthige Kenntniss besitzen.

Der zweite Antrag v. Sauten-Tarpitschen, Stellvertreter zu wählen, will in Verbindung mit § 14 möglich machen, die volle Mitgliederzahl von 5 zur Beschlußfähigkeitszahl zu erheben. Die Commission hat diese Möglichkeit nur durch Erhöhung der Mitgliederzahl auf 7 erreichen zu können geglaubt. Der Ausweg für den Provinziallandtag, nur solche Personen zu wählen, welche an dem Orte des Verwaltungsgerichtshofes wohnen, enthält wieder eine unzulässige Beschränkung des Provinziallandtags und beruht auf der Voraussetzung, daß diese am Tage der Verhandlung am Orte bleiben. Deshalb empfiehlt sich auch die Ablehnung dieses Antrages. Ohne einen Act der Illiquidität gegen die Commission in meiner Stellung als ihr Referent zu begehen, glaube ich mich dem Antrage von Kardorff anschließen zu müssen. In den Motiven der Regierung wird augenscheinlich ein Gegensatz zwischen den Aufgaben der Verwaltungsgerichte und der Bezirksauschüsse gesucht in der Entscheidung über Rechte und Pflichten auf der einen Seite und der Entscheidung über Zweckmäßigkeitsfragen auf der anderen Seite. Diese Unterscheidung läßt sich nicht machen, man müßte denn die Verwaltungsgerichte in einer Weise beschränken, die sich mit ihrem Zweck nicht verträgt. Bei der fortschreitenden Gesetzgebung wird sich die Thätigkeit der Verwaltungsgerichte immer mehr in der Ausführung der Gesetze concentriren, die Thätigkeit der Beschlußfassung wird mehr und mehr schwinden. Dann wird um so eher das, was als Aufgabe der Bezirksauschüsse angesehen wird, sich mit auf die Verwaltungsgerichte übertragen lassen. Die Ablehnung des Antrages von Kardorff wird aber für mich kein Grund sein, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, weil das Gesetz im Ganzen mir viel zu hoch steht.

In der Abstimmung wird § 9 mit den Anträgen der Abg. v. Sauten-Tarpitschen und Windhorst (Vielefeld) angenommen; der Antrag des Abg. v. Kardorff abgelehnt.

Die §§ 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Die §§ 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133,

Der dem Berichterstatter, allen Fällen das Stimmrecht zusteht, also auch, wenn er das jüngste Mitglied ist. Da eine Bestimmung, daß in diesem Falle das jüngste Mitglied ausbleibe, fehlt, so könnte entgegen der Absicht der Regierung die Commission der Fall eintreten, daß eine gerade Zahl von Mitgliedern schließt und eine Stimmenmehrheit nicht herauskommt. Diese Fälle soll durch mein Amendement ausgefüllt werden.

Geh. Rath Wöhrer hält die Ausführungen des Berichterstatters für selbstverständlich, und daher kein Amendement für überflüssig; ihm stimmt der Referent v. Sinsingerode bei. § 14 wird mit dem Amendement v. Sinsingerode angenommen, der Antrag Kersch ist dadurch beseitigt.

§ 15 der Commissionsbeschlüsse lautet: „Im Uebrigen wird der Geschäftsgang bei dem Provinzialverwaltungsgerichte, ebenso wie die Bestellung der erforderlichen Subaltern- und Unterbeamten durch ein von den Ministern des Innern und der Justiz gemeinsam zu erlassendes Regulativ geregelt.“

Die Regierungsvorlage enthält die hervorgehobenen Worte nicht.

Justizminister Dr. Leonhardt: Der Justizminister hat sich ausschließlich mit Justizsachen zu befassen und die Verhältnisse der Gerichte, die man eigentlich Justizgerichte nennen sollte, zu ordnen. Mit Angelegenheiten der inneren Verwaltung hat er nichts zu thun, namentlich nicht die Dienstausführung über Verwaltungsbehörden zu führen. Ich bitte Sie deshalb die ursprüngliche Vorlage wiederherzustellen. Ich habe bei diesem Wunsche durchaus nicht die Absicht, von dem Justizminister eine kleine Beschäftigung abzuwälzen; der Minister des Innern wird in den Fragen des Geschäftsganges und der Anstellung der Beamten doch immer des Beiraths des Justizministers bedürfen.

Abg. Wendorf: Es handelt sich hier nicht um reine Verwaltungsbehörden, sondern hauptsächlich um Gerichte; heißt es doch im § 1 ausdrücklich: „Die Gerichtsbarkeit in streitigen Verwaltungssachen wird durch Verwaltungsgerichte ausgeübt.“ Auch giebt die Commissionsvorlage in § 15 nur eine Vorbestimmung der Kreisordnung wieder. Außerdem sind die prozessualen Vorschriften dieses Gesetzes so dürftig, daß es den Juristen von Rang und Namen ist, ob man mit denselben auskommen wird, und wird sich das Regulativ über den Geschäftsgang notwendig mit den prozessualen Fragen beschäftigen müssen. In dieser Hinsicht ist aber gerade der Justizminister die geeignete Instanz, zu ändern und zu bessern. Aus diesen Gründen empfehle ich § 15 der Commissionsbeschlüsse.

Der Justizminister: Prozessualische Vorschriften für die Verwaltungsgerichte zu geben, ist der Justizminister nicht verpflichtet; und wenn der Minister des Innern bezüglich solcher Vorschriften mit ihm nicht übereinstimmt, wie wird es denn da? (Seufzer.)

Abg. Haenel: Gerade in der Absicht, daß von dem Justizminister eine gewisse Controle geübt werde, hat die Commission ihren Vorschlag gemacht. Man hat dann eine Garantie dafür, daß der Minister des Innern seine Competenz nicht überschreite.

§ 15 der Commissionsvorlage wird hierauf angenommen.

Die §§ 16 und 17 lauten nach den Commissionsbeschlüssen: § 16. „Die gewählten Mitglieder und deren Stellvertreter erhalten Tagegelder und Reisekosten nach den für Staatsbeamte der vierten Rangklasse bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.“ § 17. „Alle Einnahmen des Provinzialverwaltungsgerichts fließen zur Staatskasse. Derselben fallen auch alle Ausgaben zur Last.“

Die ursprüngliche Vorlage enthält mehrfach abweichende Bestimmungen. Nach denselben sollen die Diäten von der Provinzialverwaltung festgesetzt und von dem Provinzialverbande aufgebracht werden, die Einnahmen des Provinzialverwaltungsgerichts nach dem Verhältnis der Kosten zwischen dem Provinzialverbande und dem Staat verteilt und die sich etwa ergebenden Ueberschüsse dem Provinzialverbande überwiesen werden.

Geh. Rath Wöhrer bittet um Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die sich an die bestehenden Zustände anschließt.

Abg. Wendorf tritt für die Commissionsvorlage ein. Die Verwaltungsgerichte sprechen im Namen des Königs; schon deshalb müsse der Staat die Kosten derselben tragen, welche sich übrigens nur auf etwa 50,000 Mark belaufen würden.

Das Haus genehmigt die §§ 16 und 17 der Commissionsbeschlüsse.

Titel IV. handelt in den §§ 18–29 von dem Oberverwaltungsgerichte.

Die §§ 18 und 19, welche gemeinsam zur Discussion gestellt werden, lauten: § 18. „Das Oberverwaltungsgericht besteht aus einem Präsidenten, dem Senatpräsidenten und der erforderlichen Anzahl von Räten. Die eine Hälfte der Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts muß aus Richtern, die andere Hälfte zur Befriedung von höheren Verwaltungsämtern befähigt sein. Zum Mitgliede des Oberverwaltungsgerichts kann nur ernannt werden, wer das dreißigste Lebensjahr vollendet hat.“ § 19. „Die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts werden auf den Vorschlag des Staatsministeriums vom Könige ernannt. Die Ernennung erfolgt auf Lebenszeit.“

Abg. v. Heereman: Während die Verwaltungsgerichte der untersten und mittleren Stufe wirklich mit Selbstverwaltung ausgerüstete Körperschaften sind, ist das Oberverwaltungsgericht ein rein bürokratisch eingerichteter Gerichtshof. Das Princip der Selbstverwaltung, daß die Verwalteten an der Verwaltung Theil nehmen sollen, ist hier verleugnet. Ich hätte gewünscht, daß mindestens ein Theil der Mitglieder des obersten Gerichtshofes durch Präsentation oder Wahl der Provinziallandtage berufen werde. Die Wahl müßte natürlich auf gehörig qualifizierte Personen beschränkt sein. Früher war die Majorität im Hause diesen meinen Ansichten entgegen; sollte sie inzwischen anderer Meinung geworden sein, so würde ich in dritter Lesung entsprechende Anträge einbringen.

Abg. Haenel: Das Oberverwaltungsgericht ist hauptsächlich Revisionsinstanz, hat es also lediglich mit der Auslegung der Gesetze und Prüfung der prozessualen Procedure zu thun. In dieser rein technischen und theoretischen Thätigkeit eignen sich technische Beamte entschieden besser, als Laien. Auch würde man für die Wahl der Mitglieder keinen richtigen Wahlkörper finden. Die Landesvertretung ist hierzu nicht geeignet, da sie eine lediglich politische Versammlung mit wechselnden Majoritäten ist.

Der Justizminister: Der letztere Gesichtspunkt ist der entscheidende für die Annahme der Commissionsvorlage.

Abg. Heereman giebt den Grundgedanken der Selbstverwaltung: Theilnahme der Laien an der Verwaltung übrigens selbst auf, indem er wünscht, daß nur gehörig qualifizierte Personen gewählt werden.

Abg. v. Heereman: Eine gehörige Qualifikation wünsche ich, um für die oberste Instanz die besten Vorbedingungen zu haben; nur muß der Zusammenhang mit den Organen der Selbstverwaltung auf mittlerer Stufe aufrecht erhalten werden. Zur Wahl der Mitglieder für das Oberverwaltungsgericht scheint mir der Provinziallandtag die geeignetste Versammlung zu sein.

Das Haus genehmigt die §§ 18 und 19 der Commissionsbeschlüsse.

§ 19a lautet: „Die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts können ein besoldetes Nebenamt nur in den Fällen bekleiden, in denen das Gesetz die Uebertragung eines Amtes an etatsmäßig angestellte Richter ausdrücklich gestattet.“

Geh. Rath Wöhrer widerspricht diesem Paragraphen nicht, falls die Absicht desselben nur dahin gehe, den Mitgliedern des Oberverwaltungsgerichts die Befriedung von Nebenämtern nicht in weiterem Maße zu verbieten, als sie den Richtern verboten sei.

Nachdem Abg. Haenel erklärt hatte, daß die Fassung des § 19a diese Absicht deutlich ausdrückt, wird § 19a angenommen.

Die nachfolgenden Paragraphen dieses Titels (§§ 20–29) werden unverändert und ohne Discussion genehmigt; dieselben handeln von der Disciplinirung der Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts, ihrer Versetzung in den Ruhestand und dem dabei zu beobachtenden Verfahren, ferner von der Eintheilung des Gerichts in Senate, von dem Vorsteher in demselben, von der Befähigungsziffer und von den an's Plenum zu verweisenden Entscheidungen. Der ganze Titel (§§ 30–32) von der Staatsanwaltschaft bei den Verwaltungsgerichten soll nach den Commissionsbeschlüssen fortfallen.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Wöhrer: Es ist nicht die Absicht der Regierung, die Wiederherstellung der §§ 30–32 zu verlangen. Die Regierung wollte in diesen Paragraphen durchaus nicht, wie es in der Commission ausgesprochen wurde, ein controlirendes, beaufsichtigendes Element in der Gestalt der Staatsanwaltschaft in das Gesetz einführen, sondern sie ging davon aus, daß es Fälle geben werde, bei denen ein über das Interesse der Parteien hinausgehendes öffentliches Interesse in Frage steht und bei denen also der Wunsch der Regierung gewiß gerechtfertigt erscheint, daß sie in die Lage gesetzt werde, ihre Ansicht unmittelbar durch ein geeignetes Organ zur Geltung zu bringen. Die Commission hat dies Bedürfnis selbst anerkannt und in Folge dessen an Stelle der abgelehnten Paragraphen Bestimmungen getroffen, die dem Wunsche der Regierung wenigstens einigermaßen entgegenkommen. Gegen diese Bestimmungen hat die Regierung jedoch einzuwenden, daß dadurch ein complicirter Mechanismus geschaffen wird, der die Anwendung dieser Bestimmungen sehr erschwert. Insbesondere würde eine lästige Vervielfachung die Folge der Bestimmung sein, daß von allen Erkenntnissen in der Berufungsinstanz dem Regierungs-Präsidenten Mittheilung gemacht werden soll.

Berichterstatter Graf Winkingerode: Wenn es sich um die Wahl

zwischen der Arbeitsvermehrung handelt, die durch die Regierungsvorlage und durch die Bestimmungen der Commission bewirkt wird, so erscheint die letztere jedenfalls als die geringere von beiden. Die Regierung hat selbst anerkannt, daß die Bestimmungen der Commission dem Bedürfnisse Rechnung tragen, einen Vertreter des öffentlichen Rechts überall da hinzuzufügen, wo ein über das Interesse der Einzelparteien hinausgehendes Interesse vorliegt, und ich kann daher die Annahme des Commissionsbeschlusses nur empfehlen.

Der Fortfall der §§ 20–32 wird hierauf genehmigt und ohne Discussion werden die §§ 33 und 34 angenommen.

§ 35 lautet: Die Bestimmungen der am Sitze des Gerichts stehenden bürgerlichen Prozeßgesetze über Ablehnung der Gerichtspersonen sind auch für das Verwaltungsstreitverfahren maßgebend.

Hierzu beantragt Abg. Haenel vor dem Wort „Ablehnung“ einzuschalten: „Ausschließung und“.

Abg. Haenel: Mein Amendement ist offenbar eine Ergänzung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne der Regierungsvorlage selbst und dasselbe wird daher einem Widerspruch kaum begegnen.

§ 35 mit dem Amendement Haenel wird angenommen.

Es folgt der Titel VII, der von dem Verfahren in erster Instanz handelt. Die ersten §§ desselben bis § 46 werden unverändert angenommen.

§ 46 lautet: In der mündlichen Verhandlung sind die Parteien oder ihre mit Vollmacht versehenen Vertreter zu hören.

Dieselben können neue Thatsachen aufzählen und die Klage ergänzen oder abändern, sofern die Abänderung nicht den Klagegrund selbst betrifft. Sie haben sämtliche Beweismittel anzugeben und, soweit dies nicht bereits geschehen, die schriftlichen, ihnen zu Gebote stehenden Beweismittel vorzulegen; auch können von ihnen Zeugen zur Vernehmung vorgeführt werden.

Der Vorsitzende hat dahin zu wirken, daß sie über alle erheblichen Thatsachen sich vollständig erklären und die sachdienlichen Anträge stellen. Er kann einem Mitgliede des Gerichts gestatten, das Fragerecht auszuüben.

Eine Frage ist zu stellen, wenn das Gericht diese für angemessen erachtet. Dazu liegt ein Amendement des Abg. Haenel vor, das zweite Alinea folgendermaßen zu fassen:

„Dieselben können ihre thatsächlichen oder rechtlichen Ausführungen ergänzen oder berichtigen und die Klage abändern, insofern durch die Abänderung nach dem Ermessen des Gerichtes das Vertheidigungsrecht der Gegenpartei nicht geschmälert oder eine erhebliche Verzögerung des Verfahrens nicht herbeigeführt wird.“ Sie haben sämtliche Beweismittel anzugeben und, soweit dies nicht bereits geschehen, die schriftlichen, ihnen zu Gebote stehenden Beweismittel vorzulegen; auch können von ihnen Zeugen zur Vernehmung vorgeführt werden.

Der Vorsitzende des Gerichts hat dahin zu wirken, daß der Sachverhalt vollständig aufgeklärt und die sachdienlichen Anträge von den Parteien gestellt werden.“

Abg. Haenel: Wir alle sind darin einverstanden, daß wir gerade für das Verfahren im Verwaltungsgericht jede unnütze Formalität vermeiden müssen; wir haben daher bestimmt, daß eine Aenderung der Anlage nur im mündlichen Verfahren zulässig sei; es fragt sich nur, an welches Kriterium man die Ausschließung der Klageabänderung knüpfen solle. Die Commission hat als ein solches Kriterium die Aenderung des Klagegrundes angenommen. Ich muß es für entschieden zweckmäßiger erklären, an Stelle dieses Kriteriums die Motive anzunehmen, die für den Fortfall der Klageabänderung in dem Gebiete des Civilprozeßes aufgestellt werden. Diese aber sind: 1) daß durch die Abänderung der Klage das Vertheidigungsrecht der Gegenpartei nicht geschmälert werde und 2) daß dadurch keine erhebliche Verzögerung des Verfahrens herbeigeführt werde. Dies bescheidet der erste Theil meines Amendements. Es geben uns diese Kriterien eine durchaus genügende und sichere Grundlage, auch wenn das Ermessen des Richters dadurch in einzelnen Fällen ein mehr erweitertes wird. Der zweite Theil meines Amendements weicht von dem heute geltenden Civilprozeß insofern ab, als in diesem der Richter allein auf Grund der Mittheilungen und Aussagen entscheidet; hier aber, wo es sich um Fragen des öffentlichen Rechtes handelt, scheint es mir angemessen, die Aufklärung des vollen Sachverhaltes zu verlangen; es geht also in dieser Bestimmung mein Amendement weiter, als die Vorschläge der Commission.

Abg. Gneist: Das Haenel'sche Amendement ist vor dem Antrage der Commission entschieden vorzuziehen, weil es weniger beengend ist. Wir haben bisher ein ganz formloses Verwaltungs-Verfahren und suchen jetzt die wesentlichen Formen für den contradictorischen Prozeß; hierbei besteht immer die Gefahr, daß die Juristen ihren Civilprozeß in dieses Verfahren hineinlegen. Ein befriedigendes Verfahren wird für diese Dinge sich erst herausbilden können auf Grund der Erfahrungen des Verwaltungsgerichtshofes selbst.

Das Amendement Haenel und mit demselben § 46 wird hierauf angenommen.

Ohne Debatte werden die §§ 47–51 genehmigt.

Es folgt Titel VIII. Von dem Verfahren in der Berufungsinstanz. Hinter § 51 beantragt Abg. Kummert einen neuen § 51b des Inhalts einzuschalten: Die Berufung gegen die Endurtheile der Kreisaußschüsse und der Provinzialverwaltungsgerichte ist in allen Fällen zulässig, wenn diese Behörden sich mit Unrecht für zuständig oder für unzuständig erklärt haben.

Abg. Kummert: Mein Amendement bezweckt einen Mangel der Kreis-Ordnung abzuheben, der sich bereits in der Praxis fühlbar gemacht hat. § 67 der Kreisordnung bestimmt, daß die Entscheidung des Kreisaußschusses eine endgültige sei; man hat verabsäumt die von mir beantragte Ausnahmsbestimmung in den Paragraphen der Kreisordnung hineinzulegen, während sie in dem Gesetz vom 2. Juli 1852 bei dem Recurs gegen die Entscheidung der Polizeibehörde ausdrücklich aufgenommen ist.

Abg. Miquel: Der Antrag ist nicht notwendig, weil es ja ganz zweifellos ist, daß überall, wo das Gericht wider das Gesetz seine Zuständigkeit bestreitet, oder sich eine Zuständigkeit wider das Gesetz beilegt, das dadurch verletzte Gesetz selbst die nötige Remedur schaffen muß.

Abg. Kummert zieht hierauf sein Amendement zurück.

§ 52 wird ohne Debatte angenommen.

§ 53 lautet: Innerhalb der vorgedachten Frist ist die Berufung von den Parteien bei dem Verwaltungsgerichte, gegen dessen Entscheidung dieselbe gerichtet ist, schriftlich anzumelden und zu rechtfertigen. Die Berufungsschrift wird mit ihren Anlagen der Gegenpartei und, wenn die Berufung von dem Regierungspräsidenten eingelegt ist, beiden Parteien zur schriftlichen Gegenklärung innerhalb einer bestimmten, von einer bis zu vier Wochen zu bemessenden Frist zugefertigt. Zur Rechtfertigung der Berufung, sowie zur Gegenklärung kann in nicht schleunigen Sachen eine angemessene, der Regel nach nicht über zwei Wochen zu erstreckende Nachfrist gewährt werden.

Hierzu beantragt Abg. Wendorf: Dem § 53 folgende Fassung zu geben: Innerhalb der im § 52 gedachten Frist ist, bei Verlust des Rechtsmittels, die Berufung von den Parteien bei dem Verwaltungsgerichte, gegen dessen Entscheidung dieselbe gerichtet ist, schriftlich anzumelden und zu rechtfertigen. Das Verwaltungsgericht prüft, ob die Anmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Ist dies der Fall, so wird die Berufungsschrift mit ihren Anlagen u. s. w. wie Alinea 2. Alinea 3. unverändert. Als Alinea 4. hinzuzufügen: Ist die Frist verstrichen, so ist die Anmeldung ohne Weiteres durch einen mit Gründen versehenen Bescheid zurückzuweisen. Namens des Provinzialgerichts steht im Falle des Einverständnisses auch den beiden ernannten Mitgliedern, Namens des Kreisaußschusses auch dem Vorsitzenden der Ersatz eines solchen Bescheides zu. In demselben ist dem Berufungsschlichter zu eröffnen, daß ihm binnen 3 Tagen die Bescheide an das Berufungsgericht zuzuführen, widrigenfalls es bei dem Bescheide verbleibt.

Abg. Wendorf: Das Amendement unterscheidet sich von der Fassung der Commissionsbeschlüsse wesentlich nur durch die praktische Rücksichtnahme darauf, daß im Verwaltungsverfahren, wie die Erfahrung lehrt, sehr häufig von den Parteien die Fristen verstrichen werden. Das Amendement will in diesem Falle der betreffenden Partei Kosten ersparen dadurch, daß sie dem Richter die Pflicht auferlegt, der Partei mitzutheilen, sie habe die Frist verstrichen und brauche sich nicht weiter zu bemühen. Aus diesem rein praktischen Gesichtspunkte bitte ich Sie, das Amendement anzunehmen.

Nachdem Abg. Miquel gleichfalls die Annahme des Amendements empfohlen, wird dasselbe genehmigt und der so veränderte § 3 angenommen.

Die nachfolgenden Paragraphen, welche ebenfalls noch von dem Verfahren in der Berufungsinstanz, ferner von dem in der Revisionsinstanz und von den Kosten des Verfahrens handeln, werden unverändert genehmigt.

Mit § 79 beginnt der Titel IX. des Gesetzes (Schluß- und Uebergangsbestimmungen). § 82 betrifft die Competenzstreitigkeiten. Die Regierungsvorlage bestimmt in dieser Beziehung:

Die in dem Gesetze vom 8. April 1847 bezeichneten Verwaltungsbehörden sind auch in streitigen Verwaltungssachen zur Erhebung des Competenzconflicts befugt. Ueber Competenzstreitigkeiten zwischen Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichten entscheidet das Oberverwaltungsgericht, auf Grund der schriftlichen Erklärungen der über ihre Competenz streitenden Behörden, durch einfache Verfügung. Das gleiche gilt in dem Falle, wenn die Ver-

waltungsbehörde und das Verwaltungsgericht sich in der Sache für unzuständig erklärt haben.

Die Commission schlägt dagegen folgende Bestimmungen vor:

Die Erhebung des Competenzconflicts (Ges. vom 8. April 1847, Gesetzsammlung S. 170) auf Grund der Behauptung, daß in einer von dem obersten Verwaltungsgerichte anhängig gemachten Sache das Verwaltungsgericht oder daß in einer von dem Verwaltungsgericht anhängig gemachten Sache die Verwaltungsbehörde zuständig sei, findet nicht statt.

Die Verwaltungsgerichte haben ihre Zuständigkeit von Amtswegen wahrzunehmen; sie entscheiden über ihre von den Parteien bestrittene Zuständigkeit im regelmäßigen Verfahren.

Erklärt sich das Verwaltungsgericht und die Verwaltungsbehörde in derselben Sache für unzuständig, weil jede Behörde die andere für zuständig hält, so entscheidet auf die von den Parteien innerhalb zehn Tagen nach Zustellung der zuletzt abgegebenen Entscheidung eingelebte Beschwerde auf Grund der schriftlichen Erklärungen der über ihre Zuständigkeit streitenden Behörden und nach Anhörung der Parteien das Oberverwaltungsgericht, ohne daß es der Bestreitung einer zweiten Instanz bedarf.

In gleicher Weise entscheidet, falls das oberste Gericht und das Verwaltungsgericht sich in derselben Sache für unzuständig erklären, weil jedes das andere für zuständig hält, ein Senat, welcher unter dem Vorstehe des Präsidenten des Obertribunals aus je 3 von den beiderseitigen Präsidenten von Fall zu Fall zu ernennenden Mitgliedern des Obertribunals und des Oberverwaltungsgerichtes gebildet wird.

Justizminister Dr. Leonhardt: Die Regierung hat gegen die Commissionsvorschläge die erheblichsten Bedenken. Wir schaffen in diesem Gesetze eine neue Art von Behörden, welche zwischen den Gerichten und die Verwaltungsbehörden stehen werden und in gewisser Beziehung Ueblichkeit mit beiden haben. Wie die reinen Verwaltungsbehörden werden sie sich mit Verwaltungssachen zu beschäftigen haben, ihr Verfahren wiederum bringt sie den ordentlichen Gerichten näher. Mit der Entstehung dieser dritten Kategorie von Behörden vermehren sich logisch die Conflicte der Behörden untereinander. Der Regierungsvorlage lag nun der Gedanke zu Grunde: insofern der Conflict entsteht zwischen der Verwaltungsbehörde und dem Verwaltungsgericht, soll er sowohl in den Fällen des negativen, wie des positiven Competenzconflicts vom Oberverwaltungsgericht, und zwar unmittelbar mit Ueberbückung einer Zwischeninstanz entschieden werden. Diesen Gedanken hat die Commission allerdings mit einzelnen Abänderungen acceptirt. Wir leuchten der Grund dieser Abänderungen nicht ein. Wozu z. B. die zehn tägige Frist beim negativen Conflict? Viel wichtiger ist aber der Fall des positiven Competenzconflicts, der nach den Vorschlägen der Commission im regelmäßigen Instanzenzuge entschieden werden soll. Hier gerade ist Gewicht darauf zu legen, daß der Conflict aufs Schleunigste erledigt wird, weil die Action der Verwaltung dadurch gehemmt wird. Immer bedenkllicher aber werden die Beschlüsse der Commission, wo es sich um den negativen Competenzconflict zwischen Verwaltungs- und ordentlichen Gerichten handelt. Nach der Regierungsvorlage sollte hier der Competenzgerichtshof entscheiden; die Commission hat dagegen dafür eine besondere Behörde in Aussicht genommen, die sie wohl nicht ganz richtig Senat nennt, und die unter dem Vorstehe des Obertribunalspräsidenten aus je 3 Mitgliedern des Obertribunals und des Oberverwaltungsgerichtes für den einzelnen Fall gebildet wird.

Es ist äußerst bedenklich und im Widerspruch mit allen Traditionen, eine solche nicht ständige, sondern von Fall zu Fall zu bildende Behörde zu organisiren. Um dieses entscheidenden Punktes willen legt die Regierung auf die Wiederherstellung der Regierungsvorlage so großes Gewicht. Nicht glücklicher endlich war die Commission mit ihren Bestimmungen über die Entscheidung des positiven Competenzconflicts zwischen Justiz- und Verwaltungsgerichten. Die Commission sagt: „Die Verwaltungsgerichte haben ihre Zuständigkeit von Amtswegen wahrzunehmen.“ Damit ist nichts gewonnen, denn es fehlen hier alle Entscheidungsnormen, welche bei dem positiven Competenzconflict zwischen mehreren ordentlichen Gerichten vorhanden sind. Es fehlt sowohl an der Einrede der Rechtsabhängigkeit, wie an Vorschriften über die Prädication, endlich an dem gemeinsamen Obergericht, welches dort die Entscheidung fällt. Daher ist es nicht möglich, diese Bestimmungen zu acceptiren, ich erkenne an, daß ein richtiger Gedanke besonders in der letzten genannten Abänderung liegt, aber dieser Gedanke ist nicht durchführbar, denn die neuen Gerichte sind für eine feine Construction noch nicht empfänglich. Naturgemäß hat dieses Gesetz ja einen provisorischen Charakter. Ich zweifle nicht, daß wir später werden viele Bestimmungen der neuen Civil-Prozeß-Ordnung darin aufnehmen können, zur Zeit bitte ich aber an dem Regierungsentwurf festzuhalten.

Die Debatte wird hierauf um 3/4 Uhr bis Freitag 11 Uhr vertagt. (Fortsetzung: Berichte der Geschäfts-Ordnungs-Commission über Strafsanträge; Wahlprüfungen.)

Berlin, 29. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Oberhof- und Haus-Marschall, Ober-Stallmeister und Wirklichen Geheimen Rath Grafen v. Bülckers den Schwarzen-Orden verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann S. Cyde in Arendal zum Consul des Deutschen Reiches ernannt.

Se. Majestät der König hat den Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten Wegner in Bosen zum Vicepräsidenten der Regierung ernannt; sowie den Universitätsrath Willenow in Bonn zum Regierungsrath, Justiziar und Verwaltungsrath bei dem Provinzial-Schul-Collegium in Breslau unter Befassung des Charakters als Geheimen Regierungsrath ernannt; und dem Secretär Grieser bei dem Consistorium der Provinz Posen den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Dem Lehrer an der Kriegsschule zu Berlin, Gymnasial-Oberlehrer Dr. Worpitzky ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden. Der bisherige Rector und commissarische Kreis-Schulinspector Johann Conrad Schallau in Soest ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Arnsberg ernannt worden.

Das dem Civil-Ingenieur Franz Windhausen zu Braunshweig unter dem 30. April 1869 auf eine Eisbereitmachmaschine ertheilte Patent ist auf weitere 2 Jahre verlängert worden. — Dem Schlossermeister Aug. Rosenbergs zu Berlin ist unter dem 26. April 1875 ein Patent auf ein Sicherheitschloß auf drei Jahre ertheilt worden. — Dem Fabrikanten Wilhelm Knaut zu Wien ist unter dem 26. April 1875 ein Patent auf einen Hahn für Wasserleitungen auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 29. April. [Von Hofe.] Heute findet im Königl. Palais, wie alljährlich, ein Diner zur Geburtsstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers Alexander von Rußland statt, zu welchem Ihre Majestät die Kaiserin-Königin die Einladung der hier anwesenden Mitglieder der Königl. Familie, des Kaiserlich russischen Botschafters und anderer hohen Gäste befohlen hat. (Reichsanz.)

Gewinn-Riste der 4. Classe 151. Königl. Preuss. Classen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

- 1 Hauptgewinn von 45,000 M. auf Nr. 29,743.
- 4 Gewinne zu 15,000 M. auf Nr. 8356, 13,385, 21,529 und 37,477.
- 2 Gewinne zu 6000 M. auf Nr. 51,778 und 86,345.
- 48 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 2189, 2964, 5910, 6051, 6354, 11,277, 14,557, 17,343, 18,921, 21,598, 23,497, 25,811, 26,481, 26,685, 30,388, 33,050, 33,420, 34,485, 37,109, 33,942, 42,532, 42,899, 45,932, 50,217, 51,898, 52,399, 54,610, 55,029, 57,827, 59,640, 60,458, 61,648, 67,075, 75,445, 75,738, 76,506, 76,543, 77,394, 79,618, 81,402, 86,335, 87,203, 87,694, 88,836, 89,026, 92,863, 93,674 und 94,953.
- 43 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 5591, 11,919, 15,171, 17,492, 21,190, 21,309, 22,828, 23,482, 27,929, 28,832, 29,770, 30,391, 32,858, 34,777, 36,754, 38,146, 47,230, 50,275, 52,419, 54,893, 58,476, 58,945, 59,927, 60,696, 60,918, 64,617, 64,962, 67,069, 68,401, 70,355, 73,448, 73,907, 74,504, 75,071, 77,230, 78,574, 79,166, 79,623, 87,020, 88,024, 88,446, 91,982 und 93,112.
- 76 Gewinne zu 600 M. auf Nr. 1573, 3466, 3642, 5939, 8014, 10,435, 12,464, 12,574, 13,522, 14,986, 17,336, 18,431, 20,631, 21,223, 22,138, 22,877, 22,891, 25,813, 30,250, 30,261, 30,382, 33,523, 33,886, 34,256, 34,762, 35,193, 36,686, 36,898, 37,197, 40,984, 42,869, 43,877, 44,009, 46,074, 46,579, 46,633, 53,187, 53,456, 55,612, 55,750, 56,975, 59,040, 60,078, 60,807, 62,637, 63,032, 63,356, 64,572, 65,839, 67,774, 68,298, 68,505, 68,624, 73,377, 74,334, 76,908, 77,995, 78,779, 79,621, 81,901, 84,430, 84,754, 85,409, 86,656, 86,779, 86,999, 88,609, 89,068, 89,479, 90,545, 92,266, 92,450, 92,749, 92,896, 93,107 und 94,786.
- Gewinne zu 210 Mark. Nur die Gewinne zu 300 Mark sind in Parenthese beigelegt.)
47. 62. 107. 227. 75. 321. 23. 78. 560. 619. 63. 97. 703. 816. 32. 958. 82. 1,049. 173. 204. 51. 91. 351. 65 (300). 495 (300). 525. 64. 624. 93. 758. 98. 802 (300). 3. 6. 82. 962. 80. 2,057. 154. 65. 68. 84. 213. 54. 84. 511. 26. 614. 63. 722. 40. 91. 862 (300). 908. 53. 3,094. 174. 210 (300). 78. 306. 42. 65. 567. 630. 57. 770.

972. 4,068. 75. 86. 126. 263. 323. 95. 412. 48. 74. 507. 52. 55. 99.
652. 812. 93. 929. 34. 5,000. 35. 62. 117. 35. 303. 4. 28. 56. 423.
42. 54. 564 (300). 616. 21. 739. 821. 29. 67. 974. 6,074. 85. 97.
99. 167. 203. 96. 322. 31. 420. 594. 99. 642. 783. 99. 898.
7,016 (300). 25. 34. 78. 167. 202. 35. 59. 304. 12. 506. 43. 688.
709. 61. 857. 917. 32. 33. 35. 63. 8,057. 99. 120. 76. 81. 97. 243.
44. 368. 99. 442. 44. 64. 84. 521. 32. 42 (300). 63. 829. 74. 78. 85.
916 (300). 47. 92. 9,026. 64. 137. 61. 98 (300). 239. 49. 53. 61. 311.
15. 68. 84. 89. 402. 12. 74. 514. 27. 643. 79. 723. 63. 79. 81. 88.
852. 900. 37.
10,098. 124. 208. 98 (300). 358. 404. 23. 31. 79. 89. 564. 74.
605. 77. 728. 47. 822. 77 (300). 11,073. 122. 85. 253. 374. 404.
75. 80. 86. 585. 652. 97. 784. 92. 874. 919. 26. 12,119. 64. 262.
440. 530. 45 (300). 90. 624. 759. 66. 850. 959. 64. 71 (300). 13,009.
62. 146. 53. 219. 58. 63. 337. 439. 88. 529. 37. 623. 67 (300). 71.
72. 792. 93. 800. 913. 14,072. 106. 96. 212. 50. 350. 512. 75.
602. 733. 822 (300). 27. 53. 973. 15,141. 58. 66. 94. 96. 211. 37.
309. 78. 90. 415 (300). 71. 567. 92. 603 (300). 54. 706. 16. 81. 815.
(300). 932. 53. 16,141. 288. 319. 31. 57. 401. 4. 31. 62. 66. 504.
99. 605. 43. 66. 712. 67. 824. 38 (300). 968. 70. 90. 17,073. 151.
231. 71. 88. 371. 76. 400. 28. 91. 652. 63. 96. 728. 38. 57. 76. 803.
(300). 13. 64. 75. 76. 901. 23. 38. 54. 65. 69. 18,430. 51. 510. 74. 91.
635. 61. 71. 77. 711. 67. 69. 79. 825. 98. 953. 73. 19,031 (300). 115.
39. 91. 96. 221. 302. 12. 42. 79. 490 (300). 567. 606. 45 (300). 53.
716. 53. 55. 79. 86. 887. 905. 40. 75. 80. 82.
20,063. 80. 99. 129. 56. 90. 96. 221. 56. 344. 49. 64. 400. 14.
504. 18. 74. 616. 87. 702 (300). 14. 47. 88. 89. 893. 900 (300). 36.
21,056. 160. 78 (300). 215. 93. 379. 411. 580. 640 (300). 717. 58.
77. 876. 917. 53. 22,192. 215. 425. 79. 637 (300). 89. 91. 96. 707.
44. 830. 38. 900 (300). 45. 63. 23,042 (300). 65. 71 (300). 90. 92. 203.
79. 97. 352. 70. 455. 59. 501. 43. 708. 857. 945. 83. 86. 24,172.
262. 70. 85. 313. 99. 428. 679. 95. 713. 88. 823. 35. 39. 51. 910.
25,000. 57. 103. 33. 43. 223. 56. 310 (300). 14. 33. 54. 501. 20. 35.
(300). 634. 60 (300). 823. 26,061. 101 (300). 215. 47. 75. 448. 95.
551. 661. 714. 84. 88. 808. 86. 935. 56. 27,106. 75. 262. 65. 72. 93.
306. 69. 92. 474. 80. 505. 622. 725. 840. 28,067. 146. 52. 82.
201. 24. 70. 98. 99. 312. 87. 445. 95. 619. 85. 746. 59 (300). 88. 91.
843. 982. 94. 29,014. 80. 96. 122. 31. 42. 96. 231. 52. 96. 303. 15.
405. 51. 53. 526. 56. 78. 628. 45. 51. 70. 90. 723. 800. 96. 997.
30,052 (300). 111 (300). 17. 19. 29. 38. 72. 202. 29. 337. 97. 401.
21. 31 (300). 32. 33 (300). 519. 69 (300). 640. 54. 738. 51. 954. 80.
31,011. 34. 44. 51 (300). 82. 109. 366 (300). 74. 423. 49. 587. 628.
(300). 56. 66. 74. 744. 92. 829. 939. 32,080. 89. 131. 55. 60. 74.
215. 43. 322. 24. 59. 410. 14. 15. 51 (300). 611. 20. 80. 749. 68 (300).
83. 84. 807. 937. 94. 33,001. 66. 87. 125. 49. 86. 295. 366. 88.
424. 59. 585 (300). 627. 43. 67. 713. 22. 82. 848. 88. 954. 66. 34,112.
67. 221. 77. 91. 337. 82. 531 (300). 71. 631. 80 (300). 735. 53. 98.
823. 33. 62. 65. 971. 35,011. 36. 90. 264. 84. 322 (300). 86. 87 (300).
424. 45. 51. 84. 539. 87. 652. 60. 64. 68. 84. 708. 865 (300). 70. 89.
(300). 911. 87. 36,044. 58. 59. 67. 73. 87. 104. 7. 75. 300. 25. 88.
(300). 409. 12. 53. 511. 652 (300). 755. 75. 98. 821. 76. 928. 37,017.
23. 44. 47. 93. 149. 205. 37. 319. 445. 71. 511 (300). 36. 40. 49.
62. 66. 613. 825. 41. 73 (300). 79. 80. 38,009. 96. 121. 39. 63. 86.
(300). 213. 51. 385. 564. 92. 95 (300). 612. 30. 767. 73. 888. 39,000.
34. 125 (300). 34. 54. 79. 99. 216. 28. 70. 90. 316. 42. 46. 53. 426.
27. 28. 29. 41. 85. 95. 571. 634. 722 (300). 30. 53. 96. 853. 62. 67.
84. 900. 66.
40,007. 12. 36. 45. 93. 122 (300). 227. 85. 327. 48. 57 (300). 75.
508. 618. 35 (300). 43. 77. 87. 712. 61. 803. 44. 41,012. 38. 77. 105.
(300). 266. 70 (300). 80. 410. 511. 97. 629. 70. 96. 721. 33. 66 (300).
821. 31. 82. 989 (300). 42,271. 524. 626. 746. 850. 937. 43,011.
101. 72. 85. 435. 36 (300). 44. 56. 559. 633. 62. 700. 10. 93. 99.
843. 93. 952. 72. 44,008. 14. 27. 56. 94. 107. 68. 77 (300). 222. 41.
367 (300). 79. 82. 460. 71. 72. 76. 605. 28. 742. 75. 45,039. 85. 89.
98. 124. 26. 83. 86. 203. 39. 385. 486. 505. 13. 25. 606. 927. 44.
(300). 53. 56. 73. 46,009. 12. 127. 43. 202. 21. 63. 342. 69. 78. 456.
82. 563. 652. 87. 744. 866. 951. 47,015. 37. 61. 64. 83. 119 (300).
357. 433. 45. 71. 80. 505. 726. 901. 80. 48,005. 78. (300). 83. 122.
31. 81. 257. 301. 58. 75. 86. 486. 87. 553. 69. 604. 29. 43. 735.
72. 809. 11 (300). 87. 923. 49,019. 68. 135. 207 (300). 79. 339. 99.
426 (300). 49. 51. 61. 63. 590. 623. 51. 71. 704. 27. 954. 73.
50,051. 180. 206. 333. 537. 720. 973. 79. 51,095. 110. 25.
204. 40. 42. 442. 50. 71. 556. 86. 768. 822. 33. 89. 919. 24. 46. 86.
52,103. 57. 77. 86. 89. 299. 491. 567. 612. 22. 948. 53,134. 53. 74.
214. 37. 81. 447. 77. 90. 572. 74. 677. 720. 98. 54,054 (300). 62.
131. 80. 250. 54. 72. 329. 44. 50. 92 (300). 410 (300). 25. 45. 59. 567.
85. 603. 821. 87. 55,087. 103. 81. 314 (300). 44 (300). 75. 86. 421.
48. 57. 65. 519 (300). 85. 99. 621. 73 (300). 87. 790. 813 (300). 87.
935. 67. 69. 56,053. 56. 92. 116. 65. 249. 326. 83. 422. 40. 44. 87.
564. 609 (300). 58. 74. 803. 7. 30 (300). 56. 918. 57,000. 20. 137.
89. 379. 424. 58. 586. 613. 46. 753. 89. 808. 88. 908. 18. 58,010.
227. 335. 583 (300). 678. 712. 872. 901. 71. 59,006 (300). 53. 57.
131. 155. 88. 312. 13 (300). 39. 423. 585. 873. 87. 934. 66.
98 (300).
60,009. 68. 88. 173 (300). 68. 81. 229. 30. 85. 358. 459. 81. 87.
530. 38. 39. 63. 70. 616. 83. 874. 61,006. 16. 72. 206. 314 (300).
418. 70. 98. 545. 630 (300). 715. 18. 20 (300). 22. 24. 815. 48. 79.
942. 77. 62,110. 242. 65. 88. 302. 75. 88. 454. 509 (300). 68. 87.
688. 794. 99. 801. 20. 83. 919. 87. 96. 97. 63,090. 96. 330. 460.
509. 27. 28. 78. 613. 43. 65. 721. 22. 90. 96. 805. 24. 92. 974. 75.
92. 64,026. 70. 195. 312. 50. 85. 449. 534. 48. 84. 92. 604. 703.
16. 57. 840. 61. 71. 902. 9. 17. 90. 65,014. 139. 297. 329. 409.
37. 85. 449. 67. 76. 671. 98. 726. 800. 946. 66,080. 116. 32. 75.
240. 300. 31. 32. 74. 446. 57. 81. 556. 62 (300). 68. 75. 607. 723.
26. 40. 850. 54. 76 (300). 916. 85. 67,096. 268. 394. 452. 89. 564.
97. 743. 828. 54. 91. 98. 927. 54. 83. 68,050. 72. 343. 53. 97 (300).
490. 514. 68. 69. 628. 37. 781. 858. 69,029. 38. 68. 149. 208. 57.
(300). 325. 50. 71 (300). 407. 26. 32 (300). 55. 524. 71. 618. 24. 764.
826. 46. 86. 91. 927 (300). 34.
70,009. 43. 108. 259. 60. 313. 36. 39. 61. 422. 508. 53 (300).
604. 10. 79. 797. 98. 845 (300). 71,248. 306. 39. 71. 77. 87. 407.
57. 603. 32. 35. 767. 802. 32,851 (300). 916. 72,010. 70. 292. 449.
84. 90. 503. 98. 623. 732. 818. 64. 80. 910. 22. 72. 73,014. 56. 84.
88 (300). 124. 69. 201. 13. 365. 418. 86. 91. 525. 51. 62. 625.
39. 48. 729. 891. 96 (300). 928. 70. 88 (300). 74,021. 110. 22.
55. 60. 231. 53. 93. 333. 88. 525. 31. 53. 634. 714. 30. 40.
(300). 64. 837. 913. 24. 31. 54. 75,049. 110. 31 (300). 59. 200 (300).
8. 49. 538. 75 (300). 617 (300). 64 (300). 713. 72. 877. 932. 76,046.
110. 12. 202. 30. 315. 16. 40. 90. 400. 512. 644. 79. 702. 3. 79.
95. 846. 945. 77,036. 121. 264. 325. 88. 405. 7. 84 (300). 538. 59.
627. 806. 946. 78,068. 75. 128. 79 (300). 80. 86. 204. 34. 39.
75. 91. 315. 42. 46 (300). 468. 623. 73. 874. 79 (300). 915. 17. 47.
95 (300). 79,036. 153. 94. 264. 542. 50. 605. 7. 719 (300). 848. 930. 94.
80,075. 161. 82. 86. 251. 80. 355. 490. 612. 38. 59. 66. 79. 751.
(300). 87. 919 (300). 53. 84. 81,223. 25. 89. 254 (300). 67. 410. 61 (300).
99. 593. 633. 42. 47. 74. 97. 707. 58. 839. 923 (300). 56. 65. 82,168.
222. 348. 50. 51. 452. 512. 21. 48. 752. 830. 901. 36 (300). 39. 55.
83,049 (300). 69. 115. 49. 59. 206. 19. 59. 70. 98. 314. 44. 76. 80. 406.
505. 17. 67 (300). 81. 701. 23. 53. 73. 84,011. 35. 44. 48. 80. 83 (300).
241. 394. 524. 74. 710. 94. 812. 66. 94. 923. 24. 26. 68. 69. 96.
85,042. 74. 130. 49. 72. 258. 304. 52. 71. 490 (300). 556. 64. 694.
733. 61 (300). 821. 45. 71. 86,003. 41. 47. 78. 89. 92. 154. 259. 78.
323. 34. 55. 56. 758. 818 (300). 59. 71. 85. 92. 956. 97. 87,078. 86.
132 (300). 81. 205. 28. 60. 73. 331. 80. 401. 43. 44. 67. 78. 528 (300).
84. 94 (300). 635. 702. 11. 25. 39. 861. 66. 71. 900. 54. 75. 88,024.
(300). 131. 221. 22. 59. 71. 504. 32. 600. 17. 61 (300). 804. 23. 28.
90. 982. 89,064. 72. 233. 98. 303. 25. 75. 89. 498 (300). 539. 43.
679. 797. 829. 903. 25. 61 (300).
90,043. 116. 61 (300). 234. 440. 63. 74. 594. 630. 64. 95. 819.
94. 900. 7. 92. 91,041. 67. 121. 28. 57. 58 (300). 261. 407. 87. 99.
594. 746. 825. 30. 56 (300). 58 (300). 65. 93. 980. 92,030. 135. 51.
229. 77. 339. 444. 47. 51. 87. 519. 627. 96. 853. 925. 93,153. 232.
70. 320. 86. 421. 506. 14. 57. 623. 84. 707. 66. 99. 845. 67. 950.
94,013. 17. 96. 164. 92. 236. 77. 80. 85. 303. 23. 45. 55. 94. 453. 503.
56. 93. 610. 36. 85. 720 (300). 23. 890. 921. 93.

© Berlin, 29. April. [Das Kronsyndicat. — Reg.-R. Ostrerath. — Socialdemokratisches.] Vor Kurzem ist in der Presse von der Berufung einer Anzahl neuer Mitglieder ins Herrenhaus die Rede gewesen. Diese Nachricht findet in unterrichteten Kreisen keinen Glauben. Man nimmt an, daß dieselben entweder auf einem Irrthum oder auf Verwechslung beruht. Allerdings soll, wie

ich erfahre, die Rede davon gewesen sein, einige hervorragende Juristen, welche bereits dem Herrenhaus als Mitglieder angehören, in das Kronsyndicat zu berufen. Eine Ergänzung desselben ist vielfach als angemessen bezeichnet worden, weil die Zahl der Kronsyndici im Herrenhaus während der letzten Jahre durch Todesfälle erheblich reducirt worden ist, während überdies von den jetzt noch vorhandenen Mitgliedern des Kronsyndicats mehrere in sehr hohem Alter stehen. Daraus wird es sich erklären, daß im Hinblick auf eine etwa demnächst nöthig werdende Befragung des Kronsyndicats die Ergänzung desselben in Anregung gebracht worden ist. — Dem D.-R.-R. Ostrerath in Arnberg ist soeben die von ihm erbetene Entlassung aus dem Dienst bewilligt worden. Bekanntlich war derselbe lange Zeit hindurch einer der eifrigsten Verfechter der ultramontanen Anschauungen im Abgeordnetenhaus. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde seine Stellung als Director der Abtheilung des Innern in einem wesentlich katholischen Regierungsbereich wohl für die Dauer nicht haltbar gewesen sein. — Die Führer der socialistischen Parteien haben bekanntlich in jüngster Zeit die industriellen Mittelpunkte in den Rheinlanden besonders in's Auge gefaßt, um dort ihre Agitation in wirksamer Weise zu organisiren. Wie vom Rhein her berichtet wird, sind diese Bemühungen bis jetzt nicht sehr erfolgreich gewesen, und es ist den angestrengtesten Bemühungen nicht gelungen, die socialistische Bewegung in Schwung zu bringen. Die eingeborenen Arbeiter verhalten sich den Fragen des socialistischen Programms gegenüber ziemlich indifferent und zeigen für die theoretische Behandlung dieser Fragen gar keinen Sinn. Außerdem hat das Herabgehen der Löhne sehr entmutigend auf die Arbeiterkreise gewirkt und die Illusionen zerstört, welche von den socialistischen Führern in Bezug auf eine stetige Besserung ihrer Lage genährt worden sind.

Münster, 28. April. [Der Bischof Johann Bernhard] ist nach Ablauf seiner 40tägigen Haft von Warendorf hier eingetroffen. Mit Bezug darauf wurden folgende zwei Erlasse veröffentlicht:

1) Vor öffentlichen Aufzügen, Ovationen und Kundgebungen bei der Rückkehr des Herrn Bischofs, welche bezwecken, geistliche Maßnahmen der Justiz- und Verwaltungsbehörden zu verhöhnen, wird zur Vermeidung der bedauerlichen Folgen mit dem Bemerken gewarnt, daß gegen derartige Demonstrationen mit aller Entschiedenheit wird eingeschritten werden.

Münster, den 26. April 1875.

Der Oberbürgermeister und Polizeidirektor.
H. Ossenberg.

2) Unser hochw. Herr Bischof Johann Bernhard, welchem es bekannt geworden ist, daß von vielen Seiten beabsichtigt wird, ihm bei der bevorstehenden Rückkehr nach Münster das Geleit zu Hord oder zu Wagen zu geben, bat mich beauftragt, in seinem Namen den Betreffenden zu danken und Allen den Wunsch kundzugeben, daß ein solches Geleit ganz unterbleiben möchte. Auch die kirchliche Empfangsfeier haben Se. bischöflichen Gnaden sich verhehen.

Münster, den 26. April 1875.

Köln, 28. April. [Durch Beschluß der Rathskammer des königlichen Landgerichts] ist der verantwortliche Redacteur der „Kölnischen Volkszeitung“ wegen Veröffentlichung des Artikels: „Christenthum und Kirche V“ außer Verfolgung gesetzt worden. Das öffentliche Ministerium hatte den Antrag auf Verweisung wegen Verstoß gegen die §§ 110 und 131 des Reichsstrafgesetzbuches gestellt.

Wiesbaden, 29. April. [Der Geburtstag] des Kaisers Alexander von Rußland wird heute bei Sr. Majestät dem Kaiser durch ein größeres Diner gefeiert werden. Der Prinz Alexander von Hessen und die hier anwesenden russischen Herren, Reichsrath Graf Korff, Ceremonienmeister Graf Korff, Staatsrath von Nagel und Staatsrath von Grimm haben dazu Einladungen erhalten.

Passau, 28. April. [Die Nonnen in den Schulen.] Wie die „Pass. Ztg.“ berichtet, kommt es in Passau vor, daß geistliche Lehrerinnen den Knaben Bibeln schenken, auf denen der Gebetspruch steht: „Gott rette das bedrängte Frankreich!“ Was geschähe — meint die „Pass. Ztg.“ — einer französischen Nonne, die in Frankreich die Schulkinder für Deutschland beten lassen würde?

Defterreich.

Wien, 28. April. [Der Kaiser in Ragusa.] Der Kaiser ist nunmehr auch in Ragusa, dem letzten bedeutenden Orte im äußersten Süden Dalmatiens eingetroffen. Der Gouverneur von Bosnien, Derwisch Pascha, ist mit zahlreichem militärischem Gefolge dort am Tage vorher angelangt, um Se. Majestät im Namen des Sultans zu begrüßen, man sagt auch, einen Brief des Großherzogs zu übergeben. Das Verhältniß der Pforte zu Defterreich ist durch den Wechsel im Großvezirats jedenfalls ein freundschafter geworden: doch wollen unsere dalmatinischen Südlaven davon nichts wissen und nehmen jedenfalls nicht die mindeste Rücksicht darauf. Der Haß gegen die Moslim tritt unverhüllt hervor und hält es nicht einmal der Mühe werth, auch nur Derwisch Pascha und seinen Begleitern gegenüber eine Maske vorzunehmen, obgleich dieselben doch als Sendboten zu dem Kaiser kamen. Bei seiner Ankunft war wurde Derwisch Pascha vom Feldmarschallleutnant Ivanovic mit einer Ehren-Compagnie begrüßt: allein schon dabei gab es auf beiden Seiten Verwimmungen. Derwisch ärgerlich, daß man ihn nicht mit Salutschüssen empfangen wollte, hatte nicht seine Muschir (Marshall), sondern nur eine einfache Obersten-Uniform ohne alle Orden an — und Ivanovic war auch nicht in der richtigen Laune, weil die Rüsten ihn mit echt orientalischer Pünktlichkeit eine Stunde hatten warten lassen. Die Hauptsache aber war, daß die Stadtrepräsentanz nicht nur an dem Empfangs Derwisch Pascha's sich absolut nicht betheiligte, sondern es selbst verschmäht hatte, für Quartier zu sorgen — aller Respekt vor dem Kaiser hält diese Südlaven nicht ab, ihrem Haß gegen die Moslim hier den Flügel schiefen zu lassen. „Derwisch Pascha und seine Begleitung sind Gäste des Kaisers“, wird heute aus Ragusa telegraphirt; mag sein, daß das jetzt so geordnet ist. Allein zunächst mußten sie ihr Absteigequartier in den, überdies noch sehr beschränkten Räumlichkeiten des türkschen Generalconsuls in Ragusa, Persisch, nehmen. Es ist das derselbe Persisch, den Se. Maj. in Zara laut und öffentlich als einen „Feind Defterreichs“ bezeichnete: er soll eben jetzt durch den Consul in Zara officiell von diesem Ausdrucke des Monarchen in Kenntniß gesetzt worden sein, so daß er sich Sr. Maj. wohl kaum wird vorstellen können. Nach Cattaro, dem Siege des Vochsenaufstandes von 1869, ist General Ivanovic selber gereist, um der Bevölkerung den Befehl zu überbringen, daß sie bei dem Empfang des Kaisers, namentlich in der wilden Alpengegend der Crivodie ohne Waffen zu erscheinen hat, die nur den Konbaren, der Polizei, gestattet sind. Man will offenbar um jeden Preis verhindern, daß bei der Kauflust der Leute nicht ein „Volksfest“ am Ende gar unter den Augen des Kaisers ein blutiges Ende nehme. Ob aber unter solchen Verhältnissen die Regierung die Leute der Crivodie sehr bereitwillig finden wird, die im Frieden von Kresloc Neujahr 1870 errungenen Privilegien aufzugeben und sich unter das Joch der allgemeinen Wehrpflicht, namentlich unter das perhorrescirte Landwehrgesetz zu beugen? — dürfte dem General Koller wie dem Obersten Horst, dem gemeinsamen Kriegs- wie unserm Landesvertheidigungs-Minister etwas zweifelhaft erscheinen.

Provincial-Beitung.

+ Breslau, 30. April. [Lotterie.] Am gestrigen 11. Ziehungstage der königl. preussischen 151. Classen-Lotterie fiel ein Gewinn von 45,000 M.

auf Nr. 29,743 in die Collecte zu Squaritz nach Graudenz, und Gewinne zu 15,000 M. auf Nr. 8,356 — 13,885 — 21,529 und 37,477 in die Collecten zu Steibelt nach Berlin, Kramer nach Köln, Red nach Koblenz, und Seehausen nach Gießen.

B. Breslau, 29. April. [Bezirks-Verein der Schmeidnitzer Vorstadt.] Die gestrige im Viehschäch Saale (Gartenstraße 23) abgehaltene zahlreich besuchte Versammlung leitete Herr Oberamtmann Kemper. Derselbe legte zunächst die Gründe dar, weshalb die Canalisationsfrage im Verein nicht erörtert worden und brachte alsdann Namens des Vorstandes einen Antrag ein, wonach die Stadtverwaltung angegangen werden soll, die Leichter in Brommendenanlagen umzuwandeln. Nach längerer Debatte, in welcher besonders Herr Wit darauf aufmerksam macht, daß die Miasmen des dicht hinter der Kirche ablagernden Straßendünger, von welchem mehrere tausend Fuhren daselbst angefahren sind, der Gesundheit der anliegenden Bewohner höchst nachtheilig seien, wird der Antrag auf Einbringung einer Petition bei den städtischen Behörden einstimmig angenommen, auch wird beschlossen, die benachbarten Bezirks-Vereine zum Anschluß an die Petition zu eruchen. Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, „Besprechung über die Anlage einer Pferdebahn“ empfiehlt Herr Rechtsanwält Weis keine einschränkenden Bestimmungen für die Pferdebahn vorzuschlagen, die Versammlung stimmt dieser Ansicht bei. Der Antrag, den Magistrat zu bitten, die Hofmiese (zwischen Seban- und Brunnenstraße gelegen) zu einem Spielplatz einzurichten, wird einer aus den Herren Kemper, Wit, Kreischmer, Weis und Burgfeld bestehenden Commission zur Vorberathung überwiefen und soll in nächster Versammlung erneut zur Vorlage gelangen.

S. Striegau, 29. April. [Unglücksfälle. — Selbstmord. — Unterschlagung. — Bürgermeisterposten. — Dr. Schanbau. — Verschönerungsverein.] Am 24. Vormittags verunglückten zwei Arbeiter im Lehmann'schen Steinbruch zu Häslitz. Sie trieben den Keil in ein zum Sprengen hergestelltes Bohrloch mit einem eisernen, statt mit einem hölzernen Hammer ein, wodurch Funken zum Vorschein kamen, die eine Explosion der Pulverladung zur Folge hatten. Der eine der Arbeiter wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht, er hatte die vollständige Pulverladung ins Gesicht bekommen und wird leider die Sehkraft beider Augen verlieren, während der Andere mit einer etwas zerfleischten Nase, die wieder zusammengeknüpft wurde, weglam. — Am 18. wurde der 60 Jahr alte Inwohner Ignaz Kiemer in Halbenborn in seiner Kammer erhängt gefunden und am 27. früh fand man im Wasser des Barch'schen Steinbruchs einen Mann erstarrt vor, er konnte nicht zur Bestimmung gebracht werden und wurde daher ins Krankenhaus geschafft. — Der aus Hohenfriedberg Schuldner halber verschwundene Pfarrer Rudlo hat, wie bekannt geworden, auch das ihm anvertraut gewesene Kirchenvermögen um einige hundert Thlr. geschmälert. — Die hiesige Bürgermeister-Stelle wird schon wieder anderweitig zu besetzen sein, da der vor zwei Jahren in dieselbe berufene Bürgermeister Linde vor ¼ Jahren an Geistesstörungen erkrankt und, wie ärztlich festgestellt ist, sein Amt nicht mehr übernehmen kann. Eine Bestimmung der kgl. Regierung hierüber ist noch nicht ergangen. — Realschullehrer Dr. Schanbau ist zum Kreislich-Schul-Inspector des Kreises Frankenstein ernannt, unsere höhere Bürgerschule verliert dadurch eine tüchtige Lehrkraft. — Nach den Beschlüssen des Vorstandes unseres Verschönerungsvereins v. 24. d. M. soll unser Ring mit Hinder oder Mägen umkränzt werden, ferner soll der Aufstieg zum Spigherge — kurz hinter dem Felsbüschchen — eine Umpflanzung bunfter Lärchen beschatten und eine dem Steinreichthum Striegau's entsprechende Treppe den Wanderer sicher zur Bergespitze führen. Die Theilnahme an den Bestrebungen des jungen Vereins ist eine erfreuliche und wenn mit wachsendem Interesse erst reichlicher Mittel zur Förderung des schönen Zwecks zu Gebote stehen werden, ist ein ergieblicher Erfolg sicher unaussprechlich.

Florenz, 28. April. Der Kronprinz Humbert und die Kronprinzessin Margherita begaben sich heute nach dem Hotel Nuova York und machten darauf mit dem Kronprinzen und der Kronprinzessin des deutschen Reichs eine Spazierfahrt nach den Colonnien. An dem darauf im Palazzo Pitti stattgehabten Diner nahmen auch der deutsche Botschafter v. Reudell, die Gemahlin des Ministerpräsidenten Minghetti, das gesamte Gefolge Ihrer K. K. Hoheiten und die Mitglieder der Behörden Theil. Die Kronprinzessin des deutschen Reichs saß bei Tafel zwischen dem Kronprinzen Humbert und dem General de la Rocca, die Kronprinzessin Margherita zwischen dem Kronprinzen des deutschen Reichs und Herrn v. Reudell. Nach dem Diner besuchten die Herrschaften das Theater Tivoli, wo sie vom Publikum mit lebhaften Rundgebungen empfangen wurden. Morgen werden der Kronprinz und die Kronprinzessin einen Ausflug nach Siena machen.

Kopenhagen, 29. April. Ein Theil der Minorität des Volksraths, welche sich sonst gewöhnlich der Majorität des Landstings anschließt, hat jetzt mit der Linken ein Compromiß abgeschlossen und ist die parlamentarische Situation dadurch wesentlich verändert worden. In der Frage der Geldbewilligung für den Bau der neuen Panzerschiffe und für die Bedürfnisse der Universitäten hat die Linke nachgegeben. In der Frage der Beamtengehälter machte die Minorität des Volksraths Concessionen. Bei der demnächst zu erwartenden Abstimmung über das Finanzgesetz wird das Ministerium voraussichtlich im Volksrath nur 20 von 100 Stimmen für sich haben.

Nagusa, 29. April, Nachts. Gestern gab der Kaiser ein Diner zu Ehren der türkischen Gesandtschaft. Zu dem heutigen Diner des Kaisers wurden russische und albanische Bischöfe beigezogen. Der russische Capitän-Lieutenant Boyle saß rechts des Kaisers, welcher das russische Großkreuz trug, und folgenden Toast ausbrachte: Auf die Gesundheit meines sehr theuren Bruders und Freundes Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, dessen Geburtstag wir heute feiern. Die Militärkapelle intonirte die russische Hymne, der Kaiser und alle Anwesenden standen auf, bis die Hymne abgepflegt war. Die anwesenden türkischen und russischen Würdenträger und Offiziere wurden mit Orden ausgezeichnet.

Nagusa, 28. April. Der Kaiser von Oesterreich ist heute Nachmittag hier eingetroffen und von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt worden. Die im hiesigen Hafen anwesende russische Corvette begrüßte den Kaiser mit Kanonensalven. Im Laufe des Nachmittags empfing der Kaiser die Spitzen der Behörden, das Consularcorps, die Officiere des russischen Schiffes und später in feierlicher Audienz den Gouverneur von Bosnien.

Athen, 29. April. Dem Könige ist von sieben Professoren der juristischen Facultät ein Gutachten übergeben worden, welches die Rechtsgültigkeit der in der außerordentlichen Session der Deputirtenkammer getroffenen Beschlüsse bestreitet. Der König lehnte die Annahme desselben ab.

New-York, 29. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Havanna hat der Generalcapitän Valmaseba denjenigen Insurgenten, welche sich bis zum 30. Mai d. J. der Regierung unterwerfen, Amnestie angeboten.

(L. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Paris, 29. April. Der Finanzminister Léon Say wird der Nationalversammlung vorschlagen, den Erben des Kaisers Napoleon III. statt der von der Commission bewilligten 4 Millionen Frs. nur eine Entschädigungssumme von 2,700,000 Frs. zuzugestehen.

Telegraphische Course und Börsennotizen.

(Aus Wolff's Telegraph. Bureau.)

Frankfurt a. M., 29. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] London Wechsel 206, 30. Paris do. 81, 80. Wiener do. 183, 60. Böhmische Westbahn 177. Elisenbahn 169. Galizier 212. Franzosen 272. Lombarden 126. Nordwestbahn 139. Silberrente 68. Papierrente 64. Russ. Bodencredit 91. Russen 1872 103. Amerikaner 1882 99. 1860er Loose 116. 1864er Loose —. Creditactien 213. Bantactien 874, 00. Darmstädter Bank 135. Berliner Bank 106. Berliner Bankverein 82. Frankfurter Bankverein 78. do. Wechselbank 79. Oesterreich. Bank 85. Meiningen Bank 88. Hahn'sche Effectenb. 111. Provd.-Disc.-Gesellschaft 79. Continental 84. Hess. Ludwigsbahn 110. Oberpfälzer 73. Raab-Grazer 84. Ungar. Staatsloose 176, 80. do. Schatzanweisungen alte 94. do. Schatzanw. neue 92. Oregon Eisenb. —. Nordford do. —. Central-Pacific 86.

*) per medio resp. per ultimo.

Creditactien und Lombarden zum Schluß fest. Nebenwerthe, ausgenommen Banken, fest, Geld flüssig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 214, Franzosen 273, Lombarden 127, Galizier —.

Hamburg, 29. April, Nachmittags. [Schlußcourse.] Hamburger St.-A. 116. Silber. Credit-Actien 214. Nordwestbahn —, 1860er Loose 117. Franzosen 681. Lombarden 317. Italienische Rente 71. Vereinsbank 124. Laurahütte 106. Commerzbank 85. do. II. Em. —, Norddeutsche 146. Provd.-Disc. —, Anglo-deutsche 46. do. neue 67. Dan. Landmbl. —, Dormmunder Union —, Wiener Unionb. —, 64er Russ. Pr.-A. —, 66er Russ. Pr.-A. —, Amerikaner de 1882 93. Köln-M. St.-A. 113. Rhein. G. do. 118. Bergisch-Mark. do. 88. Disconto 3. —. Fest.

Hamburg, 29. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fest, auf Termine ruhig. Weizen 126. pro April 1000 Kilo netto 192 Br., 190 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 190 Br., 189 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 191 Br., 190 Gd., per Juli-Aug. 1000 Kilo netto 192 Br., 191 Gd., per September-October 1000 Kilo netto 194 Br., 193 Gd., per Roggen per April 1000 Kilo netto 160 Br., 158 Gd., per April-Mai 1000 Kilo netto 156 Br., 155 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 152 Br., 151 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 151 Br., 150 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 151 Br., 150 Gd., per September-October 1000 Kilo netto 151 Br., 150 Gd. Hafer fest. Gerste still. Rüböl behauptet, loco 57, per Mai 56, per Octbr. per 200 Pfd. 59. Spiritus still, per April 43, per Mai-Juni 43, per Juni-Juli 44, per Juli-August per 100 Liter 100 pSt. 44. Kaffee fest, aber ruhig, Umfag 3000 Sack. Petroleum still, Standard white loco 12, 50 Br., 12, 40 Gd., per April 12, 40 Gd., per August-December 12, 40 Gd. —. Wetter: Regen.

Liverpool, 29. April, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umfag 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 5000 B., davon 1000 B. amerikanische.

Liverpool, 29. April, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umfag 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetiger, Surats matt. Amerikanische Verfrachtungen unverändert. Officielle Preise.

Middl. Orleans 8, middling amerikanische 7, fair Dholerah 5, middling fair Dholerah 4, good middling Dholerah 4, middl. Dholerah 4, fair Bengal 4, fair Broach 5, new fair Domra 5, good fair Domra 5, fair Madras 5, fair Pernam 8, fair Smyrna 6, fair Egyptian 9.

Antwerpen, 29. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen besser, dänischer 25. Roggen steigend, Dössa 19. Hafer stetig. Gerste besser, Donau 19.

Antwerpen, 29. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 bez., 28 1/2 Br., per April 28 bez., per Mai 27 1/2 Br., per September 28 bez. und Br., per September-December 29 1/2 bez. u. Br. Weichend.

Bremen, 29. April. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Standard white loco 11 Mt. 40 Pf., per August 12 Mt. 10 Pf. bez., per September 12 Mt. 35 Pf.

Berlin, 29. April. Die Ultimoliquidation darf im Großen und Ganzen wohl als beendet betrachtet werden, dieselbe hat sich glatt und leicht vollzogen und gehört, was den Umfang des zu regulirenden Materials anbelangt, zu

den allerunbedeutendsten. Glaubte man im Anfang des Monats noch, daß von den März-Engagements Manches auf diesen Monat übertragen sei, so schwanden die Befürchtungen, die man an eine solche, unter den bekannten Umständen vollzogene Prologation zu knüpfen zum Theil berechtigt war, doch bald und die Geringfügigkeit der diesmaligen Prologationsfälle bewiesen, daß die Verpflichtungen fast gleichmäßig nach beiden Seiten vertheilt waren. Die Börse, entlastet vom Druck eines zweifelhaften Verlaufes des Regulirungsgeschäftes, ließ heute eine schwache Besserung erkennen. Wenn gleich die Umfänge in den engsten Grenzen blieben, so zeigte doch der Verkehr im Ganzen eine etwas vergrößerte Regelmäßigkeit. In der Hauptsache concentrirte sich das Geschäft fast ausschließlich auf die Speculationswerthe. Die internationalen Devisen hatten mit ermäßigten Notirungen eröffnet, konnten sich dann aber successive einige Mark wieder heben, und schloßen unter Berücksichtigung der Depots ziemlich unverändert gegen gestern. Lombarden waren von Anfang gut begehrt, Franzosen dagegen mehr vernachlässigt. In der zweiten Hälfte der letzten Börsensunde wurde das Geschäft nicht unwesentlich lebhafter, auch zogen die Notirungen bis zum Schluß an. Von den localen Speculationseffecten waren Bergwerthe vorzugsweise matt. Commandit zum Schluß fest, 165,10, ult. Mai 164 — 5, Union 21,75, Mai 20 1/2 — 20 1/2, Laura 105 1/2, Mai 105 — 106. Die Oester. Nebenbahnen blieben ganz außerhalb des Verkehrs und veränderten ihre Course kaum, nur Galizier zeigten sich eher gedrückt. In den auswärtigen Staatsanleihen ging nur wenig um, die Stimmung war aber durchweg fest, so daß Course-einbußen fast nicht zu verzeichnen sind. Oester. Renten behaupteten sich am besten, Oester. Loosepapiere blieben unbeachtet, und ebenso waren auch Italiener und Türken vernachlässigt. Russische Werthe weniger fest, die bisher gestiegenen Course regten zu Realisations-Offerten an und es traten in Folge dessen gerade die sonst beliebtesten Devisen, wie Pfd. St.-Anleihen und Prämienanleihen, Course-einbußen. Preussische Fonds fest, aber im Allgemeinen still, Consols anziehend. Andere Deutsche Staatspapiere sehr ruhig. Das Geschäft in Eisenbahnprioritäten war nicht gerade belebt, doch machte sich gute Nachfrage bemerkbar; von Preussischen Prioritäten waren 5- und 4 1/2 % ige recht beliebt, in Steiner VII. ging etwas um, von auswärtigen zeichneten sich Kaschau-Oderberger, Rudolfsbahn, Lemberger und Nybinsk II. besonders durch regen Begehrt aus. Auf dem Eisenbahnenmarkt herrschte eine feste Stimmung und kam dieselbe namentlich für die Speculationsdevisen zum Ausdruck und von diesen excellirten wiederum Rheinische. Potsdamer waren fest und belebt. In Banken fand nur ein sehr unerhebliches Geschäft statt. Hannoversche und Amsterdamer gut zu lassen. Gener. Bank, Gener. Credit- und Breslauer Discontobank belebt, aber niedriger. Auch Industriepapiere still und wenig fest. Deutsche-Holländ. Bauverein und Westend nachgebend, Flora niedriger, ebenso Speditionverein und Webers officirt. Continent.-Gas besser, Bergwerke recht matt, Sibiria weichen, Arenberger niedriger, Bonifac. schwach, Donnersmarkt gefragt. Wechsel wenig verändert. — Um 2 1/2 Uhr: Fest. Credit 429, Lombarden 256, Franzosen 547, Disc.-Comm. 167, Dortm. Union 21, Laurahütte 106 1/2. (Bank u. S.-Z.)

Berlin, 29. April. [Productenbericht.] Roggen ist bei stillem Geschäft matter Haltung verfallen für alle Termine. Waare ist sehr knapp und bringt eher bessere Preise. — Roggenmehl unverändert. — Weizen sehr ruhig aber preishaltend. — Hafer loco und auf Termine fest, Umfag beiderseits aber kleinen Angebots. — Rüböl wurde etwas billiger verkauft, das Angebot hat sich vermehrt. — Spiritus ziemlich fest, besonders nahe Lieferung ist mehr begehrt als angeboten.

Weizen loco 168—201 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. April — M. bez., pr. April-Mai 186—185 M. bez., pr. Mai-Juni 186—185 M. bez., pr. Juni-Juli 187 1/2—187 M. bez., pr. Juli-August 189 1/2—189 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 192 1/2—192 M. bez., — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 148—164 M. nach Qualität gefordert, russischer 153—156 M. bez., ordinarer russischer — M. bez., inländischer 156—163 1/2 M. ab Bahn bez., geringer inländischer — M. bez., defecter russischer — M. bez., pr. Frühjahr 151—151 1/2—151 M. bez., pr. Mai-Juni 149—148 1/2 M. bez., pr. Juni-Juli 148 1/2—148 M. bez., pr. Juli-August 148 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 149 M. bez., — Gefündigt 1000 Ctr. Ründigungspreis 151 M. — Gerste loco 129—179 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 157—189 M. nach Qualität gefordert, ostpreussischer 170—185 M. bez., westpreussischer 170—185 M. bez., russischer 168—185 M. bez., ungarischer und galizischer 165—173 M. bez., pommerischer 183—188 M. ab Bahn bez., mecklenburger 183—188 M. ab Bahn bez., ordinarer russischer — M. bez., pr. Frühjahr 180 M. bez., pr. Mai-Juni 169 M. bez., pr. Juni-Juli 168—167 1/2 M. bez., pr. Juli-August 164 M. bez., pr. September-October 159 M. bez., — Gefündigt 1000 Ctr. Ründigungspreis 180 M. — Erbsen: Kochwaare 183—236 M., Futterwaare 167—172 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo. Br. unverfeuert incl. Sack Nr. 0 25,50—24,50 M., Nr. 0 und 1 24,50—22,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 22,50—21,50 M., Nr. 0 und 1 20,50—19,50 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. April — M. bez., pr. April-Mai 20,55—60 M. bez., pr. Mai-Juni 20,55—60 M. bez., pr. Juni-Juli 20,90—95 M. bez., pr. Juli-August 21,05 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 21,10 M. bez., — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Dölsaaten: Raps — M., Rüben — M. nach Qualität.

Rüböl per 100 Kilogr. netto loco 54 M. bez., mit Sack — M. bez., pr. April — M. bez., pr. April-Mai 54,4—54,1—54,2 M. bez., pr. Mai-Juni 54,4—54,1—54,2 M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. September-October 58,3—5 M. bez., pr. October-November 59 M. bez., pr. November-December 59,3 M. bez., — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Leinöl loco 60 M. bez., — Petroleum per 100 Kilo incl. Sack loco 28 M. bez., pr. März-April 26,40—80 M. bez., pr. April-Mai 25,50 M. bez., pr. Mai-Juni — M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. August-September 26,50 M. bez., — Gefündigt — Barrell. Ründigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Sack“ 53,9—8 M. bez., „mit Sack“ pr. April — M. bez., pr. April-Mai 53,2—54—53,6 M. bez., pr. Mai-Juni 53,4—54—53,7 M. bez., pr. Juni-Juli 55—55,5 M. bez., pr. Juli-August 56,4—56,6—56,2 M. bez., pr. August-September 57,2—57,5—57,1 M. bez., pr. September-October — M. bez., — Gefündigt 220,000 Liter. Ründigungspreis 53,5 M.

* **Breslau, 30. April, 9 1/2 Uhr Vorm.** Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide fest, bei schwachem Angebot, Preise wieder höher. Weizen zu notirten Preisen gut veräußert, per 100 Kilogr. schleischer weißer 15,70—17,50—19,70 Mart, gelber 15,70—17,20—18,30 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, zu besseren Preisen gut gefragt, per 100 Kilogr. 15,10 bis 16—17,70 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste wenig verändert, per 100 Kilogr. 13—14,50 Mart, weiße 14,80 bis 16 Mart.

Hafer in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,40—15,10 bis 16,80 Mart, feinsten über Notiz.

Maiz unverändert, per 100 Kilogr. 13,50—14 Mart.

Erbsen wenig beachtet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mart.

Bohnen gut veräußert, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mart.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 15—16,20 Mart, blaue 15—16 Mart.

Wicken preishaltend, per 100 Kilogr. 19—20—22 Mart.

Dölsaaten ohne Angebot.

Schlaglein preishaltend.

Per 100 Kilogramm netto in Mart und Pf.

Schlag-Keinsaat ... 26 25 24 75 22 50

Winterraps ... 25 50 24 50 23 40

Winterrüben ... 25 — 24 10 23 60

Sommererbsen ... 24 75 23 25 22 50

Leindotter ... 23 75 22 25 21 75

Rapskuchen leicht veräußert, pr. 50 Kilogr. 8,20—8,40 Mart.

Leinkuchen gut beachtet, pr. 50 Kilogr. 10,90—11,20 Mart.

Kleeamen ohne Umfag, rother pr. 50 Kilogr. 48—52—55 Mart, — weißer pr. 50 Kilogr. 54—57—68 Mart, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, pr. 50 Kilogr. 28—31,50—35 Mart.

Nehl wenig verändert, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 25,50—26 Mart, Roggen fein 24—25 Mart, Haubaden 21—23 Mart, Roggen-Futtermehl 11,50—12,25 Mart, Weizenkleie 9—9,25 Mart.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

April 29. 30. Nachm. 2 U. Abds. 10 U. Morg. 6 U.

Luftdruck bei 0° ... 332,97 332,58 331,18

Luftwärme ... + 6,8 + 6,7 + 6,9

Dunstdruck ... 2,60 2,58 2,93

Dunstfälligkeit ... 72 pSt. 72 pSt. 89 pSt.

Wind ... N.W. 1 S. 1 S.W. 2

Wetter ... bedekt. trübe. wolkt.

Berliner Börse vom 29. April 1875.

| Wechsel-Course. | | Eisenbahn-Stamm-Actien. | |
|--------------------------|--------------------|-------------------------|-------------------|
| Amsterdam 100 Fl. | 8 T. 3/4 174,40 bz | Aachen-Maastricht | 1 1/2 4 29 bz |
| do. do. 2 M. 3/4 | 173,90 bz | Berg.-Märkische | 3 4 87,50-87,75 b |
| Angsbarg 100 Fl. | 2 M. 4 99,70 bz | Berlin-Anhalt. | 16 8 113,10 bz |
| Frankf. a. M. 100 Fl. | 2 M. 4 — — | do. Dresden. | 5 5 49,80 bz |
| Leipzig 100 Thlr. | 8 T. 4 1/2 — — | Berlin-Görlitz | 3 4 55,50 bz |
| London 1 Lst. | 3 M. 3/4 20,43 bz | Berlin-Hamburg | 10 12 184,75 bz |
| Paris 100 Frs. | 8 T. 4 81,80 bz | Berlin-Nordbahn | 5 0 fr. 3,60 bz |
| Petersburg 100 Rbl. | 3 M. 5/8 279,35 bz | Berlin-Postl.-Magd. | 4 0 fr. 70,30 bz |
| Warschau 100 S. | 8 T. 5/8 281,50 bz | Berlin-Stettin | 10 9 137 B |
| Wien 100 Fl. | 8 T. 4 183,60 bz | Böhm. Westbahn | 5 5 83,25 bz |
| do. do. 2 M. 4 182,40 bz | | Breslau-Freib. | 8 7 83,25 bz |

| Fonds- und Geld-Course. | | Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. | |
|-------------------------|-----------------|------------------------------------|----------------------|
| Preuss. Staats-Anleihe | 4 1/2 — — | Berlin-Görlitz | 5 5 92,90 bz |
| Staats-Anl. 4 1/2 % ige | 4 1/2 — — | Berlin, Nordbahn | 5 0 fr. 5,90 bz |
| do. consolid. | 4 1/2 105,50 bz | Breslau-Warschau | 0 0 30 B |
| do. 4 1/2 % ige | 4 1/2 95,25 bz | Hannover-Altenb. | 0 0 34 bz |
| Staats-Schuldversch. | 3 1/2 136,10 bz | Köln-Mind. | 0 0 48 B |
| Präm.-Anleihe v. 1853 | 3 1/2 102,50 bz | Märkisch-Posen | 0 0 53,80 bz |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4 1/2 101,25 bz | Magdeh.-Halberst. | 3 1/2 3 1/2 67,10 bz |
| Berliner Comm.-Oblig. | 4 1/2 86,50 bz | do. Lit. C. | 5 5 96 bz |
| Pommersche „ | 3 1/2 94,50 bz | Ostpr. Südbahn | 0 0 89,90 bz |
| Schlesische „ | 3 1/2 — — | Pomm. Centralb. | 0 0 fr. 2,50 bz |
| Kur-u. Neumark. | 4 97,75 bz | Rechte O.-U.-Bahn | 0 0 113,50 bz |
| Pommersche „ | 4 97,20 bz | Rheinische „ | 9 9 117,75 18,25 b |
| Posenische „ | 4 97,10 bz | Rhein-Nah-Bahn | 0 0 20 bz |
| Preussische „ | 4 97,25 bz | Rumän.-Eisenbahn | 4 4 35 bz |
| Westfal. u. Rheinl. | 4 97,50 bz | Schw.-Westbahn | 19 19 15,30 bz |
| Schlesische „ | 4 97,50 bz | Stargard-Posen. | 4 4 100,60 G |
| Schlesische „ | 4 97,10 bz | Thüringer „ | 7 7 116 bz |
| Badische Präm.-Anl. | 4 118,90 B | Warschau-Wien | 11 — 254,10 bz |
| Bayerische 4 % Anleihe | 4 119,10 bz | | |
| Öst.-Mind.-Prämiansch. | 3 1/2 103,25 bz | | |

| Hypotheken-Certificates. | | Bank-Papiere. | |
|----------------------------|-------------|----------------------|------------------|
| Krapp'sche Partial Obl. | 5 103,50 B | Anglo-Deutsche Bk. | 0 0 46 bz |
| Unk. Pfd. d. Pr. Hyp.-Bk. | 4 100,50 bz | Allg. Deut. Hand.-G. | 0 0 50 G |
| Deutsche Hyp.-Bk. Pfd. | 4 95,75 bz | Berl. Bankverein | 5 4 81,25 bz |
| Kündbr. Cent.-Bod.-Cr. | 4 102,50 bz | Berl. Kass.-Ver. | 29 19 248 G |
| Unkünd. do. (1872) | 5 106,25 G | Berl. Handels-Ges. | 7 4 116,75 bz |
| do. rückbz. a. 110 | 4 100,50 bz | do. Prod.-u. H.-B. | 9 7 85,50 bz |
| Unk. H. d. Pr. Hyp.-Bk. | 4 103 G | Braunschw. Bank | 9 7 102,40 bz |
| do. III. Em. do. | 5 101 bz | Bresl. Disc.-Bank | 2 1/2 4 80 bz |
| Kündbr. Hyp.-Schuld. | 5 99,90 G | do. Hand.-u. Entrp. | 5 — — |
| Hyp. Anth. Nord-G.-C. | 5 101,50 bz | Bresl. Maklerbank | 0 0 74 B |
| Pomm. Hypoth.-Briefe | 5 105,25 bz | Bresl. Mkl.-Verb. | 5 4 85 B |
| Goth. Präm.-Pf. I. Em. | 5 110,80 bz | Bresl. Wechselb. | 0 3 1/2 74,50 bz |
| do. II. Em. do. | 5 107,70 bz | Centralb. f. Ind. u. | 4 4 74 bz |
| do. 5 1/2 % r. rückbz. 110 | 5 103,80 bz | Coburg. Cred.-Bk. | 4 4 73,70 bz |
| do. 4 1/2 % do. m. 110 1/2 | 5 106,70 bz | Danziger Priv.-Bk. | 7 6 114 G |
| Meiningen Präm.-Pfd. | 4 103,20 bz | Darmst. Creditbk. | 10 10 133,50 bz |
| Oest. Silberpandbr. | 5 65,50 B | Darmst. Zettelbk. | 7 10 103,60 B |
| Oest. Hyp.-Crd.-Pfdbr. | 5 60 bz | Deutsche Bank | 4 5 84 bz |
| Pfd. d. Oest.-Crd.-G. | 5 88,40 G | do. Hyp.-B. Berlin | 5 7 85,75 bz |
| Schles. Bodencr.-Pfdbr. | 5 101 B | Deutsche Unionb. | 1 3 72 bz |
| do. do. | 4 95,25 bz | Disc.-Comm.-A. | 14 12 165,10 bz |
| Südd. Bod.-Crd.-Pfdbr. | 5 102 G | Genossensch.-Bk. | 3 6 105,50 bz |
| Wiener Silberpandbr. | 5 102 G | do. junge | 3 6 99,50 bz |

| | | | | | |
|-------------------------------|-------------------|-------|-------|-------|-----------------|
| Surk. 40 Thlr. Loose 227,60 B | Reichenberg-Pard. | 4 1/2 | 4 1/2 | 4 1/2 | 66,70 bz |
| Badiache 35 Fl.-Loose 124 B | Rheinische . . . | 9 | 9 | 9 | 115,75 18,25 bz |
| Braunschw. Fr. 100 127,00 B | Rhein-Nahe-Bahn | 0 | 0 | 0 | 20 bz G |
| Elbendauer Loose 133,40 B | Rumän.-Elisenbahn | 8 1/2 | 8 1/2 | 8 1/2 | 35 G |
| | Schweiz Westbahn | 8 1/2 | 8 1/2 | 8 1/2 | 15,30 bz |
| | Stargard-Posenec. | 4 1/2 | 4 1/2 | 4 1/2 | 100,60 G |
| | Thüringer. . . . | 7 1/2 | 7 1/2 | 7 1/2 | 116 bz |
| | Warschau-Wien . | 11 | 11 | 11 | 254,10 bz G |

| | |
|----------------------|------------------------|
| Loosid. — — — d. | Fremd.Bkn. 99,80 bz |
| Ducaten 9,60 G | Oest.Bkn. 182,95 bz |
| Sover. 20,55 G | do.Silberg. 189,60 G |
| Napoleons 16,38 bz G | do. 1/4-Guld. 189,60bz |
| Imperial 15,80 G | Russ.Bkn. 281,90 bz |
| Sellere 4,193 bz | |

| Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. | | | | |
|------------------------------------|---|---|---|------------|
| Berlin-Görlitzer. . | 5 | 5 | 5 | 92,90 bz G |

Die Unterzeichneten, jetzt wie damals Redacteurs an der Nationalzeitung, wissen zwar nicht, mit welchen Worten Herr Dr. Zabel das Ansuchen des Herrn B. Diesel in Betreff jener „Remedur“ erwidert hat; nach ihrer Kenntniss der ehrenwerthen Gesinnung ihres vereinigten Chefs und bei dem vertrauensvollen, echt collegialischen Verhältnisse, welches sie stets mit demselben verband, sind sie aber der Ueberzeugung, daß die Erwidrerung desselben unmöglich in dem Sinne gemeint war, noch hat aufgesaßt werden können, wel-

